



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

Jens Hippe, Die Paderborner Pressegeschichte vom Ende des  
Kulturkampfes bis zur Nachkriegszeit

---

# Die Paderborner Pressegeschichte vom Ende des Kulturkampfes bis zur Nachkriegszeit.

von Jens Hippe

## I. Einleitung

Beginnend mit der ersten bekannten Flugschrift aus dem Jahr 1599, die als Vorläufer der gedruckten Zeitung betrachtet werden kann, sieht Paderborn auf eine lange Tradition im Zeitungswesen zurück, mit deren Entwicklung von 1599 bis 1880 Rudolf Kiepke sich in seiner Doktorarbeit aus dem Jahr 1931 eingehend befaßt hat.<sup>1</sup> Der vorliegende Aufsatz schließt an Kiepkes Arbeit an und widmet sich der Entwicklung der Paderborner Presse vom Ende des Kulturkampfes im Jahr 1880 bis zur Aufhebung des Lizenzzwanges durch die Alliierten 1949, mit der die deutsche Presse ihre Freiheit wiedererlangte, die ihr durch die Gleichschaltung im Dritten Reich genommen und in den Nachkriegsjahren nicht vollständig zurückgegeben worden war.<sup>2</sup> Während des Untersuchungszeitraumes haben Zeitungen verschiedenster politischer Couleur versucht, sich in Paderborn zu etablieren. Manche hielten sich mehrere Jahre, manche wurden schon nach der ersten Ausgabe wieder eingestellt. Mit dem „Westfälischen Volksblatt“ hat es nur eine Zeitung gegeben, die fast während des gesamten Untersuchungszeitraumes erschienen ist. Lediglich in der Phase der Lizenzpresse war sie als Altverlegerzeitung von 1945 bis 1949 verboten. Die seit Ende des Kulturkampfes in Paderborn erschienenen Tages- und Wochenzeitungen werden hier mit Angaben über Ziele und Aufgaben, Lebensdauer, Verbreitung, Herausgeber, Drucker, Gründen für die Einstellung sowie der Bedeutung der einzelnen Zeitungen für Paderborn vorgestellt. Anhand von Quellen werden zudem der Einfluß der Behörden und der Pressepolitik auf die Paderborner Zeitungen sowie Probleme, die sich im Verhältnis der Zeitungen untereinander ergaben, dargestellt.<sup>3</sup> Ausgeschlossen bei dieser Betrachtung wurden die in Paderborn erschienenen kirchlichen Zeitungen wie das Sonntagsblatt „Leo“ oder das „Amtliche Kirchenblatt“. Gleiches gilt für die verschiedenen Zeitschriften, die in Paderborn verlegt wurden, da es sich zumeist um pädagogische, kirchliche oder unterhaltende Fachzeitschriften handelte, die kaum lokale Bedeutung hatten.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> KIEPKE, Rudolf: Die Geschichte der Paderborner Presse von ihren ersten Anfängen bis zum Ausgang des Kulturkampfes 1599 - 1880, Münster 1931.

<sup>2</sup> Bei diesem Aufsatz handelt es sich um eine gekürzte und überarbeitete Fassung von HIPPE, Jens: Die Geschichte der Paderborner Presse vom Ende des Kulturkampfes bis zur Aufhebung des Lizenzzwanges. Ungedruckte Magister-Arbeit, Münster 1995.

<sup>3</sup> Die Materialfrage stellte das größte Problem dieser Untersuchung dar, da viele Akten und Zeitungsbestände im II. Weltkrieg zerstört wurden. So liegen manche Zeitungen gar nicht oder nur unvollständig vor. Allerdings existiert im Paderborner Stadtarchiv, im Depositum des Vereins für Geschichte und Altertumskunde Westfalens, Abteilung Paderborn in der Erzbischöflichen Akademischen Bibliothek und im Staatsarchiv Detmold ausreichend Material, um einen umfassenden Überblick über die Paderborner Pressegeschichte zu geben.

<sup>4</sup> Zu den ersten Paderborner Zeitschriften siehe: KIEPKE: Paderborner Presse, a.a.O., S.17ff.

## II. Die Paderborner Presse vom Ende des Kulturkampfes bis zum Ende des I. Weltkrieges

### 1. Das Westfälische Volksblatt

1848 war das Geburtsjahr der modernen Presse in Deutschland, denn im Zuge der Revolution wurde am 17. März 1848 die Pressezensur durch das neue Preßgesetz aufgehoben. Dies hatte in Paderborn zur Folge, daß eine Vielzahl von Zeitungen gegründet wurde. Mit dem Ausklingen des Kulturkampfes wurde es aber zunächst ruhiger auf dem Paderborner Pressemarkt. Bis auf das seit dem 3. Januar 1849 erscheinende „Westfälische Volksblatt“ hatten alle anderen Zeitungen ihr Erscheinen einstellen müssen, und so gab es ab März 1882 bis zum Erscheinen des „Paderborner Anzeigers“ am 1. Oktober 1887 nur eine Paderborner Tageszeitung. Während des Kulturkampfes hatte es sich als Oppositionsblatt eine überragende Stellung in Paderborn erworben. Großen Anteil daran hatte Joseph Honcamp, der 1854 in die Redaktion eingetreten war und am 1. Januar 1860 die Stelle Ferdinand Schöninghs als verantwortlicher Redakteur übernommen hatte, die er über dreißig Jahre innehaben sollte. Er war ein Verfechter des Katholizismus sowie der Zentrums politik und erwarb sich damit das Vertrauen der überwiegend katholischen Paderborner Bevölkerung. Unter seiner Leitung wuchs die Bedeutung des „Volksblattes“ auch nach Beendigung des Kulturkampfes weiter an, die Zeitung erschien teilweise sogar zweimal täglich und hatte ab dem 1. Januar 1901 eine Sonntagsausgabe.<sup>5</sup> Der Umfang der Zeitung vergrößerte sich, häufig wurden zwei Blätter herausgegeben, die den gleichen Kopf trugen und eine umfangreiche politische und lokale Berichterstattung ermöglichten. Zudem wurde mit der Herausgabe von Gratisbeilagen begonnen. Ab Juli 1881 erschien der „Sonntagsplauderer“ mit unterhaltenden Beiträgen, ab Januar 1882 die „Sonntagsfeier“ mit religiösem Inhalt als Nachfolgerin des „Westfälischen Kirchenblattes“. Beide wurden dem „Volksblatt“ freitags beigelegt.<sup>6</sup> All dies trug dazu bei, daß die Zeitung im Todesjahr ihres Gründers Ferdinand Schöningh 1883 weit über den Raum Paderborn hinaus verbreitet war und in der Stadt einen starken Einfluß hatte.<sup>7</sup>

Die Berichterstattung im „Volksblatt“ führte 1891 zu einem Briefwechsel zwischen dem Regierungspräsidenten in Minden und dem Preußischen Innenministerium in Berlin, der die Stellung des Volksblatts verdeutlicht. Der Innenminister hatte sich am 3. März 1891 an den Regierungspräsidenten gewandt, um über Haltung und Verbreitung der Zeitung unterrichtet zu werden, da der Regierungspräsident der Ansicht war, daß dem „Westfälischen Volksblatt“ keine amtlichen Inserate zuzuwenden seien.<sup>8</sup> In der Antwort hieß es, „[...] daß das in Paderborn erscheinende „Westfälische Volksblatt“ zweifellos die hervorragendste im diesseitigen Bezirke erscheinende Zeitung ist. Dasselbe erscheint täglich in einer Auflage von mehr als 20 000 Exemplaren und wird von der gesamten Bevölkerung des Bezirks und auch wohl von einer größeren Anzahl von Katholiken der beiden anderen Bezirke Westfalens gelesen. In dem in Rede stehenden Blatte wird im Allgemeinen die jeweilige Politik der Zentrums partei auf das

<sup>5</sup> Lippspringer Anzeiger Nr. 146/47 vom 29./30. Juni 1935.

<sup>6</sup> KUSCHEL, Konrad: 100 Jahre „Westfälisches Volksblatt“. Die älteste Heimatzeitung im Hochstift Paderborn, in: Heimatborn: Monatsschrift für Heimatkunde Nr.20/1951/52 (32./33. Jahrgang), Paderborn 1951/52, S.78f.

<sup>7</sup> ZÜNKLER, Berthold: Ferdinand Schöningh. Gründer des Westfälischen Volksblattes, in: Westfälisches Volksblatt. Sonderausgabe zum 125jährigen Bestehen vom 13. Oktober 1973.

<sup>8</sup> Staatsarchiv Detmold (StADt) M 1 IP Nr. 0437, Blatt 295/I.

energischste vertreten. Im Besonderen zeichnet das Blatt sich durch häufig wiederkehrende gehässige Bemerkungen gegen die evangelische Kirche, deren Einrichtungen und Lebensäußerungen gerichtete Angriffe aus, derentwegen auch neuerdings die strafrechtliche Verfolgung desselben eingerichtet worden ist und übt fortdauernd eine scharfe Kritik gegenüber allen Maßnahmen der Staatsregierung auf dem Gebiet des Volksschulwesens, deren Ergebnis der Haltung des Blattes entsprechend stets ein ungünstiges ist. [...]“ Die reichsfeindliche Haltung der Zeitung habe sich zwar gebessert, dennoch empfahl der Regierungspräsident, die Veröffentlichung amtlicher Inserate im „Volksblatt“ zu untersagen.<sup>9</sup> Eine Ansicht, der sich der Innenminister nicht anschloß.<sup>10</sup>

Die Bedeutung, die das „Volksblatt“ erlangt hatte, verdeutlicht eine Statistik. 1890 stand Paderborn im Deutschen Reich an 151. Stelle bei der Bevölkerungszahl. Im deutschen Zeitungs-Postversand nahm Paderborn mit 8 373 000 Exemplaren aber die 10. Stelle ein. Über 6 Millionen Exemplare entfielen auf das „Volksblatt“, das in 2 200 Orte verschickt wurde.<sup>11</sup> Es hatte sich zu einer großen Provinzzeitung entwickelt, die durch einen starken lokalen Anzeigenteil und lokale Nachrichten fest in Paderborn verwurzelt war. Darüber hinaus war es auch in anderen Bezirken Westfalens stark verbreitet. So erschien in Brilon eine Nebenausgabe mit dem Untertitel „Sauerländer Tageblatt“.

Am 1. Juli 1893 wurde Josef Honcamp von Hermann Abels als Hauptschriftleiter abgelöst, der dieses Amt bis zum 12. September 1917 innehatte. Da er mehr künstlerisch orientiert war, milderte er „das scharfe Profil der Zeitung in der Politik“ und sorgte dafür, daß das geistige Niveau angehoben wurde.<sup>12</sup> Allerdings vertrat die Zeitung weiterhin die Zentrums politik. Abels blieb dem „Volksblatt“ auch nach dem September 1917 verbunden und übernahm den Posten des Hauptschriftleiters immer wieder kommissarisch. Sein Nachfolger wurde am 13. September 1917 Karl Ailinger.

Von Abels ist ein Vorfall überliefert, der den Versuch der Paderborner Polizei zu Zensurmaßnahmen zeigt: „Als beinahe ‚ehrwürdiger‘ Rest der Zensur scheint sich bei verschiedenen Polizeiverwaltungen die Forderung noch lange erhalten zu haben, daß der ‚verantwortliche Redakteur‘ vor der Ausgabe jeder einzelnen Zeitungsnummer eine solche mit von ihm persönlich vollzogener Namensunterschrift der Polizei zustellen sollte. Ich fand diesen Brauch 1882 in Münster vor, aber auch noch 1893 in Paderborn; als hier die Zumutung an mich kam, erklärte ich mich sofort zur Unterschriftleistung bereit, wenn man mir den gültigen Gesetzesparagrafen angebe, in dem diese zur Pflicht gemacht würde. Seitdem habe ich nichts mehr davon gehört und gesehen.“<sup>13</sup>

Nachdem das „Volksblatt“ am 26. März 1910 aus den Räumen in der Jühenstraße 3 in den Neubau in der Rosenstraße 13 umgezogen war, wurde am 21. April 1910 die Westfälische Volksblatt Aktiengesellschaft gegründet. Gründer der Gesellschaft, deren Aufgaben der Betrieb von Druckereien und die Herausgabe von Zeitungen und Zeitschriften waren, waren die

<sup>9</sup> StADt M 1 IP Nr. 0437, Blatt 295/II und 296.

<sup>10</sup> StADt M 1 IP Nr. 0437, Blatt 297/I.

<sup>11</sup> KUSCHEL: Westfälisches Volksblatt, a.a.O., S. 79.

<sup>12</sup> KUSCHEL: Westfälisches Volksblatt, a.a.O., S. 79.

<sup>13</sup> UHLENHUTH, Theodor: Zeitungswesen, in: Heimatborn. Monatsschrift für Heimatkunde (Beilage zum Westfälischen Volksblatt) Nr. 2/1928 (8. Jahrgang), Paderborn 1928, S. 6.

Verlagsbuchhändler Ferdinand und Joseph Schöningh, Egon Schöningh, der Rechtsanwalt Carl Auffenberg sowie Joseph Keil aus Neuhaus, die sämtliche Aktien übernommen hatten.<sup>14</sup>

Der I. Weltkrieg wirkte sich auch auf das „Volksblatt“ aus. Der Seitenumfang reduzierte sich auf vier bis acht Seiten, teilweise wurde auf die Beilagen verzichtet oder es wurden aufgrund des Papiermangels nicht alle Anzeigen berücksichtigt.<sup>15</sup> Dennoch erhielt die Zeitung eine neue illustrierte Wochenbeilage mit dem Titel „Das Leben im Bild. Kriegsbilder“, die sich u.a. mit dem Leben der Soldaten an der Front befaßte. Diese Beilage wurde in Berlin hergestellt und wahrscheinlich neben dem „Volksblatt“, das auch bei Kriegsende die führende Zeitung in Paderborn war, auch anderen Zeitungen beigelegt.

## 2. Der Paderborner Anzeiger

Am 1. Oktober 1887 erblickte der „Paderborner Anzeiger“ das Licht der Welt. Er wurde als Lokal- und Heimatblatt durch den Paderborner Buchhändler Theodor Thiele gegründet und erschien zunächst dreimal wöchentlich in einem Umfang von vier Seiten. Die Aufgabenstellung des „Anzeigers“ verdeutlicht die Abonnementseinladung in der ersten Nummer: „Der Paderborner Anzeiger, dessen erste Nummer wir hiermit dem Publikum übergeben, wird es sich zur Aufgabe stellen, seine Leser von den wichtigsten Vorkommnissen in der Nähe und Ferne, namentlich soweit solche für Paderborn und Umgebung hervorragendes Interesse haben, zu unterrichten. Ferner soll dem gewerblichen, industriellen und landwirtschaftlichen Gebiete besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Für die Unterhaltung werden gute spannende Erzählungen, Kriminalgeschichten, Anekdoten, Witze und dergleichen sorgen. Ein Sprechsaal wird jedermann Gelegenheit geben, auf bestehende Mißstände aufmerksam zu machen, um Verbesserungen in Vorschlag zu bringen.“<sup>16</sup>

Theodor Thiele eröffnete 1881 im Hause der Bonifacius-Druckerei die Bonifacius-Buchhandlung. Am 1. Oktober 1886 zog Thiele mit seiner Buchhandlung in das Franksche Haus am Markt 21 und richtete dort mit seinem Partner Fromme eine Druckerei ein. Mit dem Erscheinen des „Anzeigers“ wurde die Herausgabe der Zeitung die Hauptaufgabe der Druckerei, in der auch Plakate, geschäftliche Drucksachen, Visiten- und Trauerkarten gedruckt wurden. Fromme schied am 16. April 1889 aus der Firma aus, die von da an bis 1913 im Besitz der Familie Thiele blieb. Heinrich Thiele übernahm im Mai 1912 die Firma von seinem verstorbenen Vater. Am 13. Februar 1913 wurde die Domdruckerei G.m.b.H. mit einem Stammkapital von 20 000 Mark mit dem Ziel gegründet, die Vormachtstellung des „Westfälischen Volksblatt“ in Paderborn zu beenden. Geschäftsführer war der Gastwirt Wilhelm Ehl, der wie die Gesellschafter Heinrich und Maria Thiele Sachwerte in Höhe von 7 500 Mark mit in die Gesellschaft einbrachte.<sup>17</sup> Um dem „Westfälischen Volksblatt“ Paroli bieten zu können, erschien der „Anzeiger“, der politisch als neutral galt, aber zum Zentrum tendierte, ab dem 1. April 1913 täglich.

Die Gründung der Gesellschaft hatte zunächst den gewünschten Erfolg. Der „Paderborner Anzeiger“ und seine Nebenausgaben „Lippspringer Anzeiger“ (seit 1906), „Delbrücker Anzeiger“ (seit 1912) und „Neuhäuser Anzeiger“ (seit 1913), nahmen einen beständigen

<sup>14</sup> Westfälisches Volksblatt Nr. 107 vom 23. April 1910.

<sup>15</sup> Siehe Westfälisches Volksblatt Nr. 316 vom 21. November 1918 und Nr. 318 vom 23. November 1918.

<sup>16</sup> Paderborner Anzeiger Nr. 1 vom 1. Oktober 1887.

<sup>17</sup> Der Zeitungs-Verlag Nr. 50 vom 13. Dezember 1912, Magdeburg 1912 (13. Jahrgang), Spalte 1131.

Aufschwung, so daß neue Setz- und Rotationsmaschinen angeschafft werden konnten. Um den heimatlichen Charakter der Zeitung stärker zu betonen, wurde dem „Anzeiger“, der 1914 mit seinen Nebenausgaben eine Auflage von 7000 Exemplaren hatte, ab dem Februar 1914 einmal pro Monat die kostenlose Beilage „Heimat-Bote“ beigelegt, die sich der Heimatkunde und -pflege widmete. Doch bereits im Oktober 1914 wurde der „Heimat-Bote“ eingestellt, denn durch den Ausbruch des I. Weltkrieges war ein Mangel an Papier, Personal und finanziellen Mitteln entstanden. Aus demselben Grund wurde ab dem 10. Juni 1915 auch die Sonntagsausgabe des „Anzeigers“ eingestellt.

Durch die kriegsbedingten Schwierigkeiten und die hohen finanziellen Aufwendungen zur Modernisierung der Druckerei konnte der „Anzeiger“ die Vormachtstellung des „Westfälischen Volksblattes“ in Paderborn nicht beenden. Aufgrund der Verluste der Gesellschaft wurde am 5. Januar 1916 der Konkurs angemeldet. Die Maschinen wurden verkauft oder von ihren ursprünglichen Besitzern zurückgefordert. Dennoch wurde der „Anzeiger“ zunächst vom damaligen Schriftleiter Carl Meyer weiter herausgegeben. Nach der Verpachtung des „Anzeigers“ durch Konkursverwalter Wilmes an den aus Bad Kreuznach stammenden Martin Wagner am 23. Februar 1916 wurde dies Meyer jedoch untersagt.<sup>18</sup>

Meyer brachte daher ab dem 21. Februar 1916 gemeinsam mit Verleger Heinrich Bringewald und Geschäftsführer Ehl, die die Druckereieinrichtung des „Anzeigers“ erworben hatten, sechsmal wöchentlich die „Paderborner Zeitung“ mit dem Titel „Amtliches Kreisblatt“ heraus. Diesen Titel hatte der „Paderborner Anzeiger“ mindestens seit dem 2. Januar 1895 getragen. Einem entsprechenden Antrag Theodor Thieles hatte der Regierungspräsident am 18. November 1894 stattgegeben.<sup>19</sup> Bringewald war verantwortlich für den politischen und allgemeinen Teil der „Paderborner Zeitung“, Meyer für den Lokal- und den Anzeigenteil. Die „Paderborner Zeitung“ erschien im Verlag von Bringewald und wollte „[...] vorzugsweise örtliche Interessen vertreten, und Verlag und Redaktion haben es sich zur Aufgabe gemacht, den lokalen Teil besonders zu pflegen; [...]. Dabei werden wir die Pflege religiöser und vaterländischer Gesinnung als unsere vornehmste Aufgabe betrachten.[...]“<sup>20</sup>

Ab dem 26. Februar 1916 begann Martin Wagner nach einwöchiger Unterbrechung mit der Herausgabe des „Paderborner Anzeigers“. Da er nicht über eine eigene Druckerei verfügte, übernahm die Verlagsdruckerei Schöningh den Druck. In der ersten Ausgabe machten Wagner und Konkursverwalter Wilmes deutlich, daß Meyer nicht berechtigt sei, seine Zeitung als „Amtliches Kreisblatt“ zu bezeichnen. Wilmes warf Meyer vor, seinen Vertragspflichten nicht nachgekommen zu sein und den „Anzeiger“ eigenmächtig eingestellt zu haben, ohne ihn und die Abonnenten rechtzeitig zu benachrichtigen. Wagner bat die Abonnenten des „Anzeigers“, diesen weiter zu unterstützen, da die „Paderborner Zeitung“ nicht dessen Nachfolger sei. Meyer wurde aufgefordert, ihm die Abonnentenliste sowie alle für den „Anzeiger“ bestimmten Inserate zukommen zu lassen.<sup>21</sup>

Meyer entgegnete in der „Paderborner Zeitung“, daß die Einstellung des „Anzeigers“ nicht willkürlich erfolgt sei, sondern durch den Verkauf der Druckereieinrichtung durch Wilmes eine weitere Herausgabe unmöglich geworden sei. Daher habe er keine Möglichkeit gehabt, die

<sup>18</sup> Lippspringer Anzeiger Nr. 146/47 vom 29./30. Juni 1935.

<sup>19</sup> StADt M 1 IP Nr. 0437, Blatt 307.

<sup>20</sup> Paderborner Zeitung Nr. 1 vom 21. Februar 1916.

<sup>21</sup> Paderborner Anzeiger Nr. 42 vom 26. Februar 1916.

Abonnenten rechtzeitig in Kenntnis zu setzen. Da er durch die „erzwungene“ Einstellung des „Anzeigers“ praktisch stellungslos geworden sei, hätte er das Angebot Bringewalds angenommen, als Leiter des Lokal- und Anzeigenteils bei der „Paderborner Zeitung“ tätig zu werden.<sup>22</sup> Darüber hinaus habe der Landrat von Laer ihm am 24. Januar 1916 die Erlaubnis erteilt, die „Paderborner Zeitung“ als „Amtliches Kreisblatt“ zu bezeichnen.<sup>23</sup> Dies wurde ihm aber anscheinend am 26. Februar 1916 bereits wieder untersagt.<sup>24</sup>

Der Konflikt zwischen den Zeitungen wurde schnell beigelegt. Bringewald und Ehl wandten sich am 7. März 1916 im „Anzeiger“ an die Leser der „Paderborner Zeitung“: „Auf Grund einer mit dem Verleger des Paderborner Anzeigers und Lippspringer Anzeigers, Martin Wagner, getroffenen Vereinbarung stellen wir mit dem heutigen Tage die Herausgabe der Paderborner Zeitung und der Lippspringer Zeitung ein. Herr Wagner hat die Verlagsrechte auf beide Zeitungen, sowie die dem Verleger Bringewald gehörige Druckerei-Einrichtung mit allen Rechten käuflich erworben. Wir bitten unsere Leser, das unseren Zeitungen bisher gezeigte Wohlwollen und Interesse auf die fortan allein erscheinenden Paderborner Anzeiger bzw. Lippspringer Anzeiger übertragen zu wollen.“<sup>25</sup> Carl Meyer wurde später wegen Nichtaufstellung der Jahresbilanz der Domdruckerei G.m.b.H. zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.<sup>26</sup>

Wagner war der siebte und letzte Schriftleiter des „Paderborner Anzeigers“. Seine Vorgänger waren Theodor Thiele (1. Oktober 1887 bis Dezember 1889 und Oktober 1890 bis 31. März 1908), Ferdinand Knie (Januar 1890 bis September 1890), Heinrich Thiele (1. April 1908 bis 31. Dezember 1911), Gustav Stromberg (1. Januar 1912 bis 2. Oktober 1912), Karl Stephan (3. Oktober 1912 bis 30. März 1914) und Carl Meyer (31. März 1914 bis 19. Februar 1916).<sup>27</sup> Wagner wollte die Tradition seiner Vorgänger fortsetzen und sich mit dem „Anzeiger“ an erster Stelle den Interessen der Heimat widmen und stellte dies folgendermaßen dar: „Unbeschadet der schwierigen Lage, die der Krieg insbesondere dem Zeitungsgewerbe geschaffen hat, und unbeschadet der mit der Übernahme und für den Wiederaufbau verbundenen großen finanziellen Opfer, werden wir alles aufwenden, den Anzeiger zu einem reichhaltigen und gern gelesenen Lokalblatt auszubauen. Für unsere Stadt ist das Bestehen eines Lokalblattes eine unabwendbare Notwendigkeit. Ein solches will der Anzeiger bleiben, weiter ein Freund und Förderer aller guten Bestrebungen der gesamten Bürgerschaft und insbesondere auch allen Korporationen des Mittelstandes.“<sup>28</sup> Ein Lokalblatt hielt Wagner für Paderborn für notwendig, da größere Zeitungen, die wie das „Westfälische Volksblatt“ über die Grenzen ihres Heimatbezirkes hinausgewachsen seien, keine Zeit und kein Interesse mehr hätten, sich mit den lokalen Geschehnissen zu befassen. Aus diesem Grund sei es kleinen Lokal- und Heimatblättern wie dem „Anzeiger“ überlassen, sich mit heimatlichen Belangen zu befassen.<sup>29</sup>

<sup>22</sup> Paderborner Zeitung Nr. 7 vom 27. Februar 1916.

<sup>23</sup> Stadtarchiv Paderborn A 2861.

<sup>24</sup> Stadtarchiv Paderborn A 5460 (Wagnersche Chronik), Bl. 215.

<sup>25</sup> Paderborner Anzeiger Nr. 50 vom 7. März 1916.

<sup>26</sup> Der Zeitungs-Verlag Nr. 3 vom 19. Januar 1917, Magdeburg 1917 (18. Jahrgang), Spalte 68.

<sup>27</sup> Lippspringer Anzeiger Nr. 146/47 vom 29./30. Juni 1935.

<sup>28</sup> Paderborner Anzeiger Nr. 60 vom 18. März 1916.

<sup>29</sup> Lippspringer Anzeiger Nr. 146/47 vom 29./30. Juni 1935.

### 3. Der Postbote und das Westfälische Wochenblatt

Bereits 1880 hatte sich mit „Der Postbote - politisches Wochenblatt für das deutsche Volk“ eine Wochenzeitung in Paderborn etabliert. Herausgegeben und gedruckt wurde „Der Postbote“ von der Bonifacius-Druckerei und war politisch dem Zentrum zuzuordnen. Im August 1889 stufte der Landrat die Zeitung als ultramontan ein, also als betont katholisch-päpstlich gesinnt.<sup>30</sup> Für den Inhalt waren des „Postboten“ waren in den Anfangsjahren die Herren Schäfers und Uelz verantwortlich. Die längste Zeit muß der Korrektor Ebach für das Blatt verantwortlich gezeichnet haben.<sup>31</sup> Von ihm ist bekannt, daß er 1898 das Amt des Chefredakteurs bekleidete.<sup>32</sup>

Ein weiterer Mitarbeiter des „Postboten“ war der am 30. Dezember 1862 in Berlin geborene Ferdinand Knie, der das Amt des Redakteurs seit 1888 bekleidete hatte. Er wurde aufgrund des Leitartikels: „Wo stehen wir?“ in der 27. Ausgabe von 1889 auf Anweisung des Regierungspräsidenten einer Überprüfung durch den Landrat unterzogen.<sup>33</sup> Der berichtete am 3. August 1889, daß Knie Privatdozent an der Universität Moskau gewesen war. Er sei in „politischer Bezeugung“ bis zu diesem Zeitpunkt nicht weiter hervorgetreten. Für den fraglichen Artikel sei er wohl verantwortlich, da keine Hintermänner auszumachen seien.<sup>34</sup> Worum es in diesem Artikel ging, ist genauso wenig bekannt wie Konsequenzen für Knie oder den „Postboten“. Knie war vermutlich nur bis Ende 1889 für den „Postboten“ tätig, denn ab Januar 1890 erscheint er als verantwortlicher Redakteur des „Paderborner Anzeigers“.

Der „Postbote“ behauptete sich 31 Jahre in Paderborn. 1889 hatte er eine Auflage von 3 000 Exemplaren,<sup>35</sup> die bis 1909 auf 2 000 zurückging.<sup>36</sup> 1911 wurde er eingestellt. Die Gründe hierfür sind nicht bekannt, da wahrscheinlich keine Ausgabe dieser Zeitung erhalten geblieben ist.

Neben dem „Postboten“ gab es zeitweise noch eine zweite Wochenzeitung in Paderborn, ab dem 1. Mai 1887 erschien das „Westfälisches Wochenblatt - Am Born der Pader - Quellen zum Besten aller“. Diese Zeitung, die von E. Hegener in Lippstadt gedruckt wurde,<sup>37</sup> wurde vom Paderborner Konditor Franz Müssen herausgegeben, der nach einer Einschätzung des Landrates „[...] das Blatt ins Leben gerufen hat, um seinen Erwerb aus Zuckersachen und süßen Backwaren nun auch noch durch die Herausgabe einer lokalen Wochenschrift zu erweitern, [...]“<sup>38</sup> Müssen wurde als harmlos eingeschätzt und vertrat nach Ansicht der Behörden in seiner Zeitung keinen besonderen politischen Standpunkt. Ursachen und Zeitpunkt der Einstellung des Blattes sind nicht bekannt, da nur die Nr. 5 vom 29. Mai 1887 erhalten geblieben ist.<sup>39</sup> Der Umfang des „Wochenblattes“ betrug vier Seiten, wovon eine Seite Inseraten vorbehalten war. Die restlichen Seiten wurden mit lokalen und überregionalen Meldungen gefüllt, wobei die überregionalen Nachrichten zumeist großen Tageszeitungen entnommen wurden.

<sup>30</sup> StADt M 1 IP Nr. 0437, Blatt 284.

<sup>31</sup> UHLENHUTH: Zeitungswesen, in: Heimatborn Nr. 3/1928 (8. Jahrgang), Paderborn 1928., S. 10.

<sup>32</sup> Stadtarchiv Paderborn A 2863.

<sup>33</sup> StADt M 1 IP Nr. 0437, Blatt 283.

<sup>34</sup> StADt M 1 IP Nr. 0437, Blatt 284.

<sup>35</sup> StADt M 1 IP Nr. 0437, Blatt 281.

<sup>36</sup> StADt M 1 Pr Nr. 389, Blatt 354/55.

<sup>37</sup> StADt M 1 IP Nr. 0437, Blatt 280.

<sup>38</sup> StADt M 1 IP Nr. 0437, Blatt 279.

<sup>39</sup> StADt M 1 IP Nr. 0437, Blatt 279.



#### 4. Westfälischer General-Anzeiger und Paderborner Verkehrszeitung

Der „Westfälische General-Anzeiger“ wurde erstmals am 28. März 1891 von Theodor Thiele herausgegeben, dem Herausgeber des „Paderborner Anzeigers“, und war ein Anzeigenblatt. Er erschien jeden Samstag und wurde gratis verteilt. Neben gewerblichen Anzeigen enthielt der „General-Anzeiger“ eine Fortsetzungsnovelle, Rezepte, Humoristisches sowie praktische Ratschläge für Haushalt und Landwirtschaft. Die Auflage des „General-Anzeigers“ betrug laut eigener Angabe 4 000 Exemplare.<sup>40</sup> Die Nachfrage scheint nicht besonders groß gewesen zu sein, zudem schien die Herausgabe Thieles finanzielle Mittel überschritten zu haben, denn am 30. September 1891 erschien die letzte Ausgabe.

Vom 1. Juli 1911 bis zum 31. Dezember 1913 gab der Paderborner Verkehrsverein mit der „Paderborner Verkehrszeitung“ ein Anzeigenblatt in einer Auflage von 10 000 Exemplaren heraus. Sie lag in Geschäften und Wirtschaften aus, wurde in Zügen gratis verteilt. Gedruckt wurde die Zeitung, die einmal pro Woche erschien und als Werbung für die Stadt dienen sollte, bei der Junfermannschen Verlagsbuchhandlung. Chefredakteur war Franz Hollenstein.<sup>41</sup> Weiteres ist nicht bekannt, denn wahrscheinlich ist kein Exemplar der „Verkehrszeitung“ erhalten geblieben.

### III. Die Weimarer Republik (1918 - 1933)

#### 1. Das Westfälische Volksblatt

Das „Westfälische Volksblatt“ hatte den I. Weltkrieg und die Revolutionstage relativ unbeschadet überstanden und setzte seine Expansion fort. 1922 wurde „Der Freimütige an der Haar“ in Soest als westfälische Nebenausgabe ins Leben gerufen. Es folgten „Der Sauerländer“ in Arnsberg (1923) und die „Warsteiner Zeitung“ (1924). Als Landesausgaben erschienen das „Eichsfelder Volksblatt“ in Heiligenstadt, der „Hessische Kurier“ in Kassel (1924), die „Thüringische Volkswacht“ in Erfurt (1927) und die „Sächsische Zeitung“ in Magdeburg und Halle (1928). Mit diesen Ausgaben hatte das „Volksblatt“ 1928 eine Auflage von 52 000 Exemplaren, von denen etwa die Hälfte auf die Paderborner Stadtausgabe entfielen. Das „Volksblatt“ erschien ab dem 2. April 1920 wieder sechsmal wöchentlich. Die Sonntagsausgabe wurde eingestellt, da ihre Auslieferung nicht mehr möglich war, denn wegen der Reparationsleistungen, die das Deutsche Reich zahlen mußte, herrschte ein Mangel an Kohle für die Eisenbahnen, so daß zahlreiche Bahnverbindungen an Sonntagen eingestellt werden mußten.<sup>42</sup>

Am 12. September 1921 hatte August Detree die Nachfolge von Karl Ailingier angetreten, der versucht hatte, das „Volksblatt“ mehr im nationalen Sinne zu redigieren und dabei auf Schwierigkeiten gestoßen war. Ailingier ging deshalb zur katholischen Wochenzeitung „Leo“.<sup>43</sup> Detree wurde bereits am 11. Oktober 1922 von Fritz Walter als Hauptschriftleiter abgelöst, unter dem das „Volksblatt“ seinen größten politischen Einfluss hatte, denn er unterhielt enge Beziehungen zu Reichskanzler Heinrich Brüning.<sup>44</sup>

<sup>40</sup> Westfälischer Generalanzeiger Nr. 4 vom 18. April 1891 bis Nr. 12 vom 18. Juni 1891.

<sup>41</sup> Stadtarchiv Paderborn A 2863.

<sup>42</sup> KUSCHEL: Westfälisches Volksblatt, a.a.O., S. 79.

<sup>43</sup> Stadtarchiv Paderborn A 5460 (Wagnersche Chronik), Bl. 384.

<sup>44</sup> KUSCHEL: Westfälisches Volksblatt, a.a.O., S. 79.

Im Januar 1930 wurde dem „Volksblatt“ vom Landrat der Titel „Amtliches Kreisblatt“ angeboten, den zu diesem Zeitpunkt der „Paderborner Anzeiger“ trug. Doch der Aufsichtsrat lehnte das Angebot ab, da „[...] der Charakter des Westfälischen Volksblatt als führendes Provinzialblatt durch die Bezeichnung „Kreisblatt“ nach außen hin verwischt werden würde [...]“ Die Übernahme des Kreisblatt-Titels hätte nach Ansicht des Aufsichtsrates nachteilige Folgen für den Anzeigenmarkt, da die Allgemeinheit unter Kreisblättern Zeitungen verstünde, die fast ausschließlich die Kommunalpolitik und die wirtschaftlichen Interessen des Erscheinungskreises vertreten und daher kaum über die Grenzen dieses Kreises Verbreitung fänden. Als Kreisblatt müsste sich das „Volksblatt“ in weitaus größerem Maße als üblich der Paderborner Kommunalpolitik widmen, und dies könnte dazu führen, daß die Zeitung für die Leser außerhalb des Kreises uninteressant würde.<sup>45</sup>

## 2. Der Paderborner Anzeiger

Für den „Anzeiger“ galt es nach Ende des I. Weltkrieges, die wirtschaftliche Basis zu konsolidieren. Nachdem Ende 1917 der Umzug in die neue Druckerei in der Bahnhofstraße 13 erfolgt war, wurde am 3. Oktober 1919 die Paderborner Anzeiger- und Verlagsdruckerei A.G. gegründet, deren Vorstandsvorsitzender Martin Wagner war. Das Grundkapital wurde auf 100 000 Mark festgesetzt und mußte aufgrund der fortschreitenden Inflation einige Male erhöht werden. Nach der Stabilisierung der Währung fand eine Zusammenlegung der Aktien von 10:1 bei einer Reduzierung des Nennwertes der Aktien von 1 000 auf 100 Mark statt.<sup>46</sup> Der „Anzeiger“ hatte nun eine gute wirtschaftliche Basis, so daß die Betriebsräume erweitert und der Maschinenpark erneuert werden konnten. Für Anleger erwies sich der „Anzeiger“ zunächst als gute Investition, denn es gab regelmäßige Dividendenausschüttungen.<sup>47</sup> Dieser positive Trend hielt bis 1930 an. Anschließend verschlechterte sich die Wirtschaftslage, die Arbeitslosenzahl im Reich stieg, und diese Situation wirkte sich auch auf die Presse aus. Die Zahl der Abonnenten war rückläufig, das Anzeigengeschäft verzeichnete einen deutlichen Rückgang. Von 1932 bis 1934 ging die Zahl der Abonnenten beim „Anzeiger“ von 3 800<sup>48</sup> auf 1 817<sup>49</sup> zurück. Trotz dieser Krise überdauerte der „Anzeiger“ die Weimarer Republik.

Neben wirtschaftlichen Problemen bekam der „Anzeiger“ mindestens einmal Schwierigkeiten mit den Behörden aufgrund eines Flugblattes, das der Sonntagsnummer vom 20. Oktober 1929 beigelegt worden war und einen Aufruf des Ortsausschusses Paderborn für ein Volksbegehren enthielt, das sich gegen die Annahme des Young-Planes und für die Räumung der besetzten deutschen Gebiete aussprach. Da dieser Aufruf im Widerspruch zu der Einstellung der Preußischen Staatsregierung stand, zog der Regierungspräsident in Betracht, die Verbindung mit dem „Anzeiger“ zu lösen, ihm den Titel „Amtliches Kreisblatt“ zu entziehen und einer anderen Zeitung zu übertragen.<sup>50</sup> Der Vorfall blieb ohne Auswirkung für den

<sup>45</sup> StADt M 1 IP Nr. 1617, Bl. 15.

<sup>46</sup> Lippspringer Anzeiger Nr. 146/47 vom 29./30. Juni 1935.

<sup>47</sup> Lippspringer Anzeiger Nr. 146/47 vom 29./30. Juni 1935.

<sup>48</sup> Institut für Zeitungswissenschaft an der Universität Berlin: Handbuch der Deutschen Tagespresse 1932, Berlin 1932, S.305.

<sup>49</sup> Institut für Zeitungswissenschaft an der Universität Berlin: Handbuch der Deutschen Tagespresse 1934, Berlin 1934, S. 230.

<sup>50</sup> StADt M 1 IP Nr. 1617, Blatt 12f.

# Sonder-Ausgabe.

## Preis 10 Pfg.

# Neue Paderborner Zeitung

Nr. 11

Wochenblatt für Paderborn und Umgegend

1. Jahrgang

Paderborn, den 12. Dezember 1931

Bezugspreis monatlich frei Haus 60 Pfg.  
Durch die Post bezogen: Unter Kernzband zusätzlich  
16 Pfg. Porto.

Anzeigenpreis:  
Die 65 Millimeter breite und 2 Millimeter hohe Zeile  
kostet 15 Pfg. Stellengröße 5 Pfg.

Bei Eintritt höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik, Kappverweigerung  
Verlegen der Befehlsgewalt etc. wird von und über Gewähr  
für Lieferung und Befreiung übernommen.

## In dem Kampfe um Wahrheit und Recht!! Die Nr. 11 der N. P. Z. beschlagnahmt!

3. G 533/31.

### Beschluß.

Die Beschlagnahme der Nr. 11 der Neuen Paderborner Zeitung vom 12. Dezember 1931 (verantwortlicher Schriftleiter Hans Schulte, Druck: Fr. Gröne, sämtlich in Paderborn) mit Ausnahme der zu dieser Nummer gehörigen

Unterhaltungsbeilage, sowie der zur Verteilung dieser Nummer dienenden Platten und Formen wird gemäß § 94 der St. P. o. angeordnet:

### Gründe:

Der in der obengenannten Zeitung enthaltene Artikel „Das Generalvikariat und der Dombaumeister Matern“ enthält Beleidigungen des erzbischöflichen Generalvikariats in Paderborn, insbesondere erfüllen die Unterschrift „Der Vertrag ist unchristlich und unmoralisch“ sowie die Sätze „Der vertragsmäßige Schützling der Kirche“, „Das Generalvikariat ist verantwortlich dafür, daß unter dem Verdienst Materns ganze Schichten der Künstler- und Handwerkerkreise buchstäblich an den Bettelstab gebracht wurden“ sowie „Bedenken wir weiter, daß der „kirchliche Verdienst“ sich aus den Zehn-, fünf- und Pfennig-Stücken des Kollekten- und Klingelbeutelgeldes der Gläubigen zusammensetzt, aus jenen Pfennigen der Ärmsten der Armen, die sich in ihrer Gottgläubigkeit jeden Pfennig buchstäblich vom Munde absparen, die sie mit zitteriger, hungriger Hand auf den Kollektenteller legen, bedenken wir, daß sich diese Hungerspennige zu einem Einkommen von 110000 RM. für den einzelnen zusammenballen, . . .“ und die folgenden Aus-

führungen den Tatbestand der verleumdertischen Beleidigung und der üblen Nachrede. Die Verbreitung ist daher nach §§ 185, 186, 187, 200 des St. G. B. sowie der §§ 1, 2, Kap. 3 8. Teil der Vierten Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 strafbar. Strafantrag ist gestellt. Da die Nummer der Zeitung nach § 40 des St. G. B. der Einziehung und die Platten und Formen gem. § 41 St. G. B. der Unbrauchbarmachung unterliegen, rechtfertigt sich die Beschlagnahme nach § 94 St. P. o.

Paderborn, den 11. Dezember 1931

### Das Amtsgericht

gez. Offenberg

Ausgefertigt

Paderborn, den 11. Dezember 1931.

gez. Kolbach,

Justizangestellter als Urundsbeamter der Geschäftsstelle des Amtsgerichts

Die Richtigkeit der Abschrift bescheinigt.

Paderborn, den 12. 1931.

Erkert

Kriminalsekretär

Man zieht in dem Beschluß die letzte Notverordnung heran, um mich möglichst schnell durch den Schnellrichter mundtot zu machen! Diese Notverordnung spricht nur von persönlichen Beleidigungen, der ich mich keinerlei schuldig gemacht habe. — Man beschlagnahmt das, was ich dem Herrn Untersuchungsrichter vorzutragen habe. Man wartet nicht den Prozeß der Hauptsache ab, weil man die Wahrheit nicht hören will! In der nächsten Nummer werde ich ausführlich darauf zurückkommen.

**Kämpft für diese Zeitung! Ihr kämpft für Wahrheit und Freiheit! Es ist der Kampf unserer Tage! Der Todeskampf eines zusammenbrechenden Systems!**

Titelblatt der Sonderausgabe der „Neuen Paderborner Zeitung vom 12. Dezember 1931. StaDt M1 Ip Nr. 1617.

„Anzeiger“ Seine Bedeutung als Heimatzeitung untermauerte der „Paderborner Anzeiger“ ab Januar 1928 wieder mit der Herausgabe des „Heimatboten“.

### 3. Kommunistische Zeitungen

Am 3. Oktober 1931 tauchte in der Paderborner Zeitungslandschaft mit der „Neuen Paderborner Zeitung“ erstmals eine kommunistische Zeitung auf, die jeden Samstag erschien. Sie wurde im Verlag von Hans Schulte, der auch Verantwortlicher für Politik und Allgemeines war, herausgebracht und in der Druckerei Gröne hergestellt. Für Lokales und Provinzielles war zunächst Josef Herberhold verantwortlich. Verantwortlicher für Kunst, Sport, Anzeigen- und Inseratenteil war Georg Servais. Die „Neue Paderborner Zeitung“ enthielt eine Unterhaltungsbeilage, in der Romane von Hans Schulte abgedruckt wurden, der bereits als Verfasser von Schriften wie „Skandale in Paderborn“ mit den Behörden in Konflikt geraten war.

Schulte gab die „Neue Paderborner Zeitung“ heraus, da es der Lokalpresse, insbesondere dem „Westfälischen Volksblatt“, an der Aufnahme jeder Kritik fehle und die öffentliche Meinung ihren Niederschlag dort nicht mehr finde.<sup>51</sup> Dem versuchte Schulte durch Kritik an den Lokalbehörden sowie der katholischen Kirche entgegenzutreten. Auch mit der Politik des Reiches befasste er sich, kritisierte u.a. den Versailler Vertrag. Bereits nach den ersten beiden Nummern gab es wegen solcher Berichte eine Anfrage der Polizeiverwaltung an den Regierungspräsidenten, ob es möglich sei, die Zeitung, da sie eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung darstelle, zu verbieten.<sup>52</sup> In den folgenden Wochen wurden vom Oberbürgermeister wiederholt Anfragen bezüglich eines Verbotes der Zeitung gestellt, die er wegen der „[...] systematischen Hetze gegen Staats- und Kommunalbehörden, Beamte und Privatpersonen [...]“<sup>53</sup> für gerechtfertigt hielt. In einer Anfrage vom 30. Oktober 1931 berichtete er, daß „[...] es sich hier um eine außerordentliche ständige Beunruhigung weitester Kreise der hiesigen Bevölkerung handelt, wodurch m.E. die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird [...]“<sup>54</sup>

Nachdem seine ersten Anfragen abschlägig beschieden worden waren, wandte sich der Oberbürgermeister direkt an den Oberpräsidenten in Münster, dem obersten Verwaltungsbeamten in Preußen. Doch auch der sah keinen Anlaß für ein Verbot, da er eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit für zweifelhaft hielt. Dennoch ordnete er eine Überwachung an.<sup>55</sup> Die ersten behördlichen Maßnahmen gegen die „Neue Paderborner Zeitung“ erfolgten mit der Beschlagnahme der Nummer 11 vom 12. Dezember 1931 durch das Amtsgericht auf Antrag des erzbischöflichen Generalvikariates. Die Begründung wurde in einer Sondernummer, die ebenfalls beschlagnahmt wurde, abgedruckt: „Der in der obengenannten Zeitung enthaltene Artikel ‚Das Generalvikariat und der Dombaumeister Matern‘ enthält Beleidigungen des erzbischöflichen Generalvikariats in Paderborn, insbesondere erfüllen die Unterschrift ‚Der Vertrag ist unchristlich und unmoralisch‘ sowie die Sätze ‚Der vertragsmäßige Schützling der Kirche‘, ‚Das Generalvikariat ist verantwortlich dafür, daß unter dem Verdienst Materns ganze Schichten der Künstler- und Handwerkerkreise buchstäblich an den Bettelstab

<sup>51</sup> Neue Paderborner Zeitung Nr. 1 vom 3. Oktober 1931.

<sup>52</sup> StADt M 1 IP Nr. 1617, Blatt 21.

<sup>53</sup> StADt M 1 IP Nr. 1617, Blatt 22.

<sup>54</sup> StADt M 1 IP Nr. 1617, Blatt 29.

<sup>55</sup> StADt M 1 IP Nr. 1617, Blatt 39.

gebracht wurden' sowie 'Bedenken wir weiter, daß der 'kirchliche Verdienst' sich aus den zehn, fünf und Pfennigstücken des Kollekten- und Klingelbeutelgeldes der Gläubigen zusammensetzt, aus jenen Pfennigen der Ärmsten der Armen, die sich in ihrer Gottgläubigkeit jeden Pfennig buchstäblich vom Munde absparen, die sie mit zittriger, hungriger Hand auf den Kollektenteller legen, bedenken wir, daß sich diese Hungerpfennige zu einem Einkommen von 110 000 RM für den einzelnen zusammenballen...' und die folgenden Ausführungen den Tatbestand der verleumderischen Beleidigung und der üblen Nachrede. [...]'<sup>56</sup>

Auch die Nummer 12 vom 19. Dezember 1931 wurde wegen des Berichtes „Ein Dornenweg über Verwaltung und Justiz“ beschlagnahmt, und es wurde Strafantrag gegen Schulte gestellt.<sup>57</sup> Am 23. Dezember 1931 reagierte auch der Oberpräsident, der die „Neue Paderborner Zeitung“ bis zum 23. Februar 1932 verbot. Der Grund: Bei Artikeln wie „Das Generalvikariat und der Dombaumeister Matern!“ handele es sich um Angriffe gegen die katholische Kirche und das Generalvikariat als Einrichtung der Kirche, die „[...] die öffentliche Sicherheit und Ordnung in einer Stadt wie Paderborn in empfindlicher Weise stören. [...] Es ist ohne weiteres klar, daß derartige, nach Form und Inhalt gleich maßlose Angriffe gegen die katholische Kirche und ihre Institutionen die Bevölkerung aufs tiefste erregen müssen.[...]“ Eine Verwarnung wurde aufgrund der Schwere der Anschuldigungen sowie des Gesamtcharakters der Zeitung als zu geringe Strafe angesehen.<sup>58</sup> Nach Ablauf des Verbotes erschien die „Neue Paderborner Zeitung“ am 27. Februar 1932 wieder<sup>59</sup>, wurde am 6. März 1933 aber endgültig durch den Regierungspräsidenten im Interesse der öffentlichen Sicherheit verboten.<sup>60</sup>

Schulte mußte sich wegen seiner Berichterstattung gemeinsam mit dem Kaufmann Fritz Müller im März 1932 vor dem Paderborner Amtsgericht verantworten. Müller war als Verfasser des Artikels „Ein Dornenweg über Verwaltung und Justiz“, Schulte als Herausgeber für die Veröffentlichung verantwortlich. In dem Artikel wurden Beamte der Stadt beleidigt. Das Gericht verurteilte Müller wegen übler Nachrede in Tateinheit mit Beleidigung zu einer Gefängnisstrafe von vier Monaten. Schulte wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt<sup>61</sup> und später von den Nationalsozialisten in Schutzhaft genommen.<sup>62</sup>

Aber nicht nur mit Behörden, sondern auch mit einem seiner Mitarbeiter hatte Schulte große Probleme. Georg Servais stellte ab der Nummer 7 vom 14. November 1931 seine Arbeit für die „Neue Paderborner Zeitung“ ein und stellte seine Gründe in dieser Ausgabe dar: „Ich erkläre hiermit, daß ich meine Verantwortlichkeit und Mitarbeit an der 'Neuen Paderborner Zeitung' deshalb niedergelegt habe, weil ich mich trotz gewissenhafter Prüfung und angestregten Studiums nicht zu den Erkenntnissen des Sozialismus durchfinden konnte.“<sup>63</sup> Daraufhin warf Schulte Servais Verrat vor. Der habe ihn hintergangen und versucht, die Mitgliedschaft in der KPD zu beantragen, was als Mitarbeiter der „Neuen Paderborner Zeitung“ nicht möglich gewesen wäre. Servais bestritt diese Vorwürfe, hielt dagegen, daß er Schulte wiederholte Male darum gebeten hätte, den Kommunismus vom Blatt fernzuhalten. Die Orts-

<sup>56</sup> Neue Paderborner Zeitung Sondernummer vom 12. Dezember 1931.

<sup>57</sup> StADt M 1 IP Nr. 1617, Blatt 51.

<sup>58</sup> StADt M 1 IP Nr. 1617, Blatt 58f.

<sup>59</sup> StADt M 1 IP Nr. 1617, Blatt 82.

<sup>60</sup> StADt M 1 IP Nr. 1617, Blatt 96.

<sup>61</sup> Lippspringer Anzeiger Nummer 69 vom 20. März 1932.

<sup>62</sup> Stadtarchiv Paderborn A 4371

<sup>63</sup> Neue Paderborner Zeitung Nummer 7 vom 14. November 1931.

gruppe der KPD unterstützte Schulte in einer Anzeige in der „Neuen Paderborner Zeitung“: „Eine Aufnahme des Georg Servais in die KPD durch unsere Ortsgruppe kommt nicht in Frage, da er durch sein Verhalten an unserem Freund Schulte den Kampf der gesamten Bevölkerung verraten hat.“<sup>64</sup>

Neben der „Neuen Paderborner Zeitung“ gab es zwei weitere Versuche, kommunistische Zeitungen in Paderborn zu etablieren. Doch blieb es bei beiden Zeitungen wahrscheinlich bei nur jeweils einer Ausgabe. Am 22. Januar 1932 erschienen „Die roten Signale“. Sie wurden von Josef Herberhold im Selbstverlag herausgegeben. Der damals 28jährige Herberhold, der an der 1. Ausgabe der „Neuen Paderborner Zeitung“ mitgearbeitet hatte, war Schriftleiter und Leiter der Paderborner Ortsgruppe der KPD.<sup>65</sup> Die Zeitung wurde mit einem Vervielfältigungsapparat hergestellt, sollte zweimal monatlich erscheinen und später als Wochenzeitung fortgesetzt werden.<sup>66</sup> Laut einem Artikel im „Paderborner Weckruf“ waren „Die roten Signale“ das offizielle Organ der Paderborner Ortsgruppe der Kommunistischen Partei Deutschlands.<sup>67</sup> Die Pläne Herberholds wurden nicht verwirklicht, es blieb bei einer Ausgabe.

Am 27. Mai 1932 unternahm Herberhold mit der „Arbeiter-Zeitung für Paderborn und Umgegend“ den zweiten Versuch, eine kommunistische Zeitung herauszubringen, bei der er Drucker, Schriftleiter, Eigentümer und Verleger war. Auch bei der „Arbeiter-Zeitung“, die 5 Reichspfennig kostete und offizielles Organ der KPD war, war vorgesehen, daß sie zweimal monatlich erscheinen sollte.<sup>68</sup> Wie „Die roten Signale“ wurde auch die „Arbeiter-Zeitung“ im Vervielfältigungsverfahren hergestellt und brachte es wohl nur zu einer Ausgabe.

#### 4. Allgemeiner Kurier und Paderborner Weckruf

Am 4. Dezember 1931 erschien die erste nationalsozialistische Zeitung in Paderborn mit dem Titel „Allgemeiner Kurier. Westfälisches Nachrichtenblatt“. Sie sollte dreimal wöchentlich erscheinen und war im Besitz von Georg Servais, dem ehemaligen Mitarbeiter der „Neuen Paderborner Zeitung“, und Walter Knöfler, der gleichzeitig Chefredakteur war. Hergestellt wurde sie in der Druckerei Hugo Böhle in Neuhaus. Die Ausgabe vom 4. Dezember 1931 blieb die einzige Ausgabe des „Kuriers“, er wurde wegen technischer Mängel eingestellt.<sup>69</sup>

Bereits am 31. Dezember 1931 erschien mit dem „Paderborner Weckruf“ eine zweite nationalsozialistische Zeitung. In der ersten Ausgabe stellte sich der „Weckruf“ als Nachfolger des „Allgemeinen Kuriers“ dar, der als Wochenzeitung geplant war. Der Grund der Titeländerung wurde nicht erläutert. Erneut war Georg Servais als Eigentümer, Verleger und Redakteur die treibende Kraft. Gedruckt wurde der „Weckruf“ in der Buchdruckerei Vahle, die Geschäftsstelle befand sich in der Bachstraße. Obwohl der „Weckruf“ eine nationalsozialistische Zeitung war, bestand offenbar keine direkte Verbindung zur NSDAP. Dies wurde auf einer NS-Kundgebung mit Prinz August Wilhelm von Preußen am 9. Januar 1932 vom Versammlungsleiter ausdrücklich betont.<sup>70</sup> Auch der „Weckruf“ bestand nur kurze Zeit.

<sup>64</sup> Neue Paderborner Zeitung Nummer 7 vom 14. November 1931.

<sup>65</sup> StADt M 1 IP Nr. 591 Band 1, Blatt 9.

<sup>66</sup> StADt M 1 IP Nr. 1617, Blatt 63.

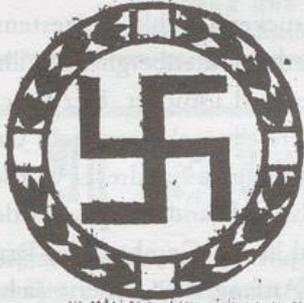
<sup>67</sup> Paderborner Weckruf Nr. 4 aus der 4. Januarwoche 1932.

<sup>68</sup> Arbeiter-Zeitung Nr. 1 vom Mai 1932.

<sup>69</sup> Paderborner Weckruf Nr. 1 vom 31. Dezember 1931.

<sup>70</sup> Lippspringer Anzeiger Nr. 10 vom 12. Januar 1932.

# Der Filter



Mitteilungen der NSDAP

für die

Paderborner und Birener Lande

Stapelnummer 10 Bfg.

1. Jahrg. No. 1

Verlagsgesellschaft B. Bader

26. März 1933

## Das Zentrum in Theorie und Paderborner Praxis

### „Die Volkshilfe“ als Hüter der Ordnung.

(Der Fall Krenz.)

Im Wahlkampf vor dem 13. März 1933 erschien ein Flugblatt des Hindenburgblatts, gedruckt vom Westf. Volksblatt in Paderborn und unterzeichnet von dem Parteisekretär der Zentrumspartei Krenz, Paderborn. Der Krenz appellierte in diesem Flugblatt an alle „verantwortungsbewußten, vaterländ. gesinneten freiwirtschaftlichen Deutschen“. Der Krenz ist im ganzen Bereich des früheren Fürstbistums Paderborn auf seinen Vortragstouren bekannt. In Wort und Schrift warb er für die „Verantwortungsbewußte Politik“ der Zentrumspartei. Wie feurig wurde seine Rede, wenn er auf das verderbliche Treiben der Reichsregierungen zu sprechen kam.

Am Donnerstag, den 3. März erschien im B. R. ein Aufsatz: „zweifellos steht für uns der Friede rechts... Die Jugend... soll... auch mit den Krawallen für ihre Partei eintreten...“

Wir stellen fest, daß durch diesen Aufsatz des Gesamt-Kuratoriums und des Aktionsausschusses der Zentrumspartei für das Westf. Westfalen, unter Vorbehalt des Rechtsanwalt Kassenberg, an die rote Gewalt appelliert haben. Dies ist die Saat! — und wie ging sie auf?

In den Tagen vor der Wahl wickelt die Zeitung der „Volkshilfe“ ein Geheimratschreiben mit Instruktionen an ihre Mitglieder. Setzen dieses Instruktionens, sog der Zentrumsparteisekretär Krenz an der Spitze einer Horde Volks- und Situationskämpfer durch die nächtlich stillen Straßen der Stadt Paderborn, um für Ruhe und Ordnung wie man sie in diesen

### Die Mordjache Meyer.

Einzelheiten über das bestialische Verbrechen des jüdischen Viehhändlers Kurt Meyer, Rembertstraße 10 haben unsere Leser bereits aus der Tagespresse erfahren und wir verlagern aus demselben, die schaurigen Vorgänge dieser furchtbaren Bluttat zu schildern.

Wir sind uns bewußt, daß wir damit alle diejenigen enttäuschen, die hofften, die Nazi würden diesen „Kapitalfall“ dazu benutzen, um die allzu berechnete Empörung über diese Unthat, zu Propagandazwecken auszunutzen.

Es hat uns dazu an Anregungen, die aus allen Kreisen und Schichten der Bevölkerung Paderborns und weiterer Umgebung in Massen zugehen, wirklich nicht gefehlt. Wir haben auch keinen Grund dieser Empörung nachzugehen, weil das fürchterliche Ende des armen Opfers seine Auswirkungen wohl auch in die Kreise getragen hat, die bislang keinen Anstoß davon nahmen, wenn christliche Jungs, Mädchen und Mädchen bei jüdischen „Berufeten“ Diebstählen anknüpfen. Wäre dieses jüdische Verbrechen allen denen eine Lehre sein, die nicht getrauen und lassen, den verabscheuten Sündenbock jüdische „Berufeten“ Folge zu leisten geneigt sind!

### Schwarze WB Lante da lügt!

Zur Wahl in „Dietramszell“

Die gesamte schwarze Presse, (also auch das Westf. Volksblatt) die überrückt war von dem Hilerkrieg in Dietramszell, brachte die Falschmeldung, daß die Zahl der Nationalsozialistischen Stimmen in Dietramszell nur dadurch zustande gekommen seien, daß man Nationalsozialisten in Dastaltus durchhin befördert habe, die mit Stimmscheinen in Dietramszell gewähnt hätten.

Diese erbärmliche Falschmeldung wird auf eine Anfrage hin von der Bürgermeisterei Dietramszell wiederlegt. In dem Antwortschreiben heißt es: „Bygnahme auf Ihre Anfrage teile ich Ihnen mit, daß am Wahltag nur west auf B. u. G. teilnehmende Personen mit Stimmscheinen gewählt haben; alles andere ist Unwahrheit. Warum sofort Nationalsoz. Stimmen abgegeben worden sind, ist eine briliante Angelegenheit, die nur mündlich geklärt werden kann. Gemeinde Dietramszell (WB) Wahlergebnisse: 99. „Ja u.“

Dies steht wider all, was: Spießbüchse die schwarze Presse demtzt.

Titelblatt der ersten Ausgabe des Filters vom 26. März 1933. StaDt M1 Ip Nr. 1617

Wahrscheinlich brachte er es nur zu vier regulären Ausgaben sowie einer Sonderausgabe. Die vierte und wohl auch letzte Ausgabe des „Weckrufes“ erschien Ende Januar 1932.

### 5. Der Filter

Auf Initiative von Paderborner Parteigenossen der NSDAP erschien am 26. März 1932 mit „Der Filter. Mitteilungen der NSDAP für die Paderborner und Bürener Lande“ eine dritte nationalsozialistische Zeitung. Geistiger Kopf war zunächst Studienassessor Heinz Hesse<sup>71</sup>, Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Chefredakteur W. Fandreyer. Gedruckt wurde der „Filter“, der zunächst einmal wöchentlich erschien, in der Buchdruckerei Vahle. Spätestens ab der Nummer 5 von 1932 vollzog sich ein Verlagswechsel zum Verlag Gutenberghaus Wilhelm Lücke in der Franziskanergasse 10. Lücke war Eigentümer, Verleger und Drucker. Der Wechsel war notwendig geworden, da die Bezirksleitung der NSDAP die Herstellungskosten nicht tragen konnte.<sup>72</sup> Auch im Amt des Hauptschriftleiters vollzogen sich Änderungen. Fandreyer wurde ab der Nummer 10/1932 vom Elsener Wilhelm Brand abgelöst. Wie lange Brand Hauptschriftleiter war, ist nicht bekannt, doch spätestens im Juni 1934 besetzte Karl-Heinz Gembris, der Bruder des Kreisleiters der NSDAP in Büren, diesen Posten.<sup>73</sup> Spätestens Anfang 1934 änderte sich der Titel in: „Der Filter. Westfalenhort, Kampfblatt für den nationalsozialistischen Staat.“

Obwohl kein Parteiorgan verstand der „Filter“ sich als „Kampfblatt der NSDAP“. Er wollte die „Machenschaften“ des politischen Katholizismus anprangern, gleichzeitig eine „klare antisemitische Sprache“ sprechen. Um dies zu verwirklichen, kamen Handgreiflichkeiten eines Parteisekretärs des Zentrums ebenso gerufen wie der unpolitische Mord eines Juden an einem „arischen“ Dienstmädchen.<sup>74</sup> Nachdem der „Filter“ in den Besitz des Verlages Gutenberghaus übergegangen war, löste sich die Beziehung zur NSDAP zunehmend. Zwar versuchte die Partei zwischenzeitlich stärkeren Einfluss zu erreichen, das stellte sich aber als unmöglich heraus und führte dazu, daß sich die NSDAP kurz vor der Machtübernahme am 30. Januar vom „Filter“ lossagte.<sup>75</sup> Die Nationalsozialisten hatten so zur Zeit der Machtübernahme kein offizielles Organ.

Eine Besonderheit läßt sich beim „Filter“ im Anzeigewesen aufzeigen. Die Zeitung bot den Inserenten, die den „Filter“ unterstützen wollten, dies aber aufgrund „[...] des hier herrschenden Zentrumsterrors noch nicht offiziell [...]“<sup>76</sup> konnten, die Möglichkeit, Anzeigenfelder zu reservieren und zu bezahlen. Die Felder blieben später frei, so daß niemand wußte, wer für die Inserate bezahlt hatte.

### 6. Der grobe Paderborner

Ab dem 1. Juli 1928 erschien eine Zeitung mit dem eigentümlichen Titel „Der grobe Paderborner. Wochenschrift zur freien Aussprache für Jedermann“. Diese vierseitige Wochenschrift erschien auf Initiative des Paderborners Anton Vonderbeck, der zu diesem

<sup>71</sup> HÜSER: Von der Weimarer Republik ins Dritte Reich oder eine Zentrumshochburg wird gleichgeschaltet 1930 - 35. (Paderborn. Geschichte in Bildern - Dokumenten - Zeugnissen Heft 1), Paderborn 1983, S. 9.

<sup>72</sup> SCHRÖDER, Arno: Mit der Partei vorwärts! 10 Jahre Gau Westfalen-Nord, Detmold 1940, S. 83.

<sup>73</sup> StADt M 1 IP Nr. 1617, Blatt 147.

<sup>74</sup> HÜSER: Zentrumshochburg, a.a.O., S. 83/84.

<sup>75</sup> SCHRÖDER: Partei, a.a.O., S. 83/84.

<sup>76</sup> Der Filter Nr. 29 vom 8. Oktober 1932.

# Der grobe Paderborner

Wochenschrift zur freien Aussprache für Jedermann.

Druck und Verlag von H. Wahle, Paderborn Bachstraße 14.

Bezugspreis monatlich 50 Pf. Inserationspreis: 1 mm Höhe 49 mm Breite 7 Pf.

Nr. 1.

1. Juli 1928

1. Jahrgang

An das Publikum.

AVZ 144

Die Westfalen stehen in dem Rufe, grobe Leute zu sein. In der Provinz selbst schreibt man diese Eigenschaft den Bewohnern des Paderborner Landes zu, und hier gelten für besonders grob die Delbrücker und Uetxaner. Beim näheren Kennenlernen des Volkscharakters offenbart sich jedoch diese Grobheit als der Ausdruck edler Tugenden, der Offenherzigkeit, Ehrlichkeit und Wahrheitsliebe. Viele Leute können aber die Wahrheit nicht vertragen. Mögen uns diese auch als Grobiane schimpfen, das soll uns nicht abhalten, bestehende Uebelstände zu geißeln und offen und ehrlich und ohne Furcht die Wahrheit zu sagen, nach unserer Väter guter Art.

Der Verlag.

## Das Neueste über die Wasserfrage.

In meinen bei H. Wahle Paderborn Bachstraße 14 erschienenen Schriften „Die Wahrheit über die Wasserfrage in Paderborn“ und „Die Boden- und Wasserverhältnisse von Paderborn und Umgebung“ habe ich nachgewiesen, daß alle für das Wasserwerk in der Senne aufgewandten Kosten sich höchstwahrscheinlich als nutzlos erweisen werden.

Meine Vorschläge zur Verhinderung dieser unnützen Gelbtausgaben wurden von den städtischen Körperschaften schroff zurückgewiesen. Man nannte mich einen Laien und Nichtfachmann und hörte nur auf fremde angebliche Sachverständige, die aber, wie ich in meinen Schriften nachgewiesen habe, für andere, ungerechtfertigte Sachverhältnisse sind. Schon als 15-jähriger Junge tauchte ich andächtig die Lehren des berühmten Geologen und Hydrologen Professor Griebel in meinem elterlichen Hause auf. Nach Bestehen der Abgangsprüfung an der mit der Realschule verbundenen Gewerbechule in Münster habe ich in den Jahren 70/73 an der Gewerbe-Akademie in Berlin (jetzt in Verbindung mit der damaligen Bau-Akademie Polytechnische Hochschule in Charlottenburg), Maschinenbau studiert, wozu auch Geologie und Hydrologie gehört. Während meiner Studienzeit wurde das Berliner Wasserwerk errichtet (vorher hatte Berlin noch Straßenpumpen und eine Hauptbeschäftigung der Edelfeher war, das Wassertragen in die oberen Stadtwerke). Unter Führung unseres Professors wurden von uns jungen Studenten mehrfach beschäftigt und vom Professor erklärt. Zu meiner Einjährigzeit 1873-74 beim 53. Inf. Regt. wurde ich als einziger Fachmann die Herstellung von Rammbrunnen auf den Bivalvulären zu leiten. Während meiner langen Eisenbahndienstzeit hatte ich auch mehrfach mit der Anlage von Wasserstationen zu tun. Daß ich während meiner langjährigen Tätigkeit als Stadtdirektor unter Plagmann ständig in der Wasserfrage gearbeitet habe, dürfte bekannt sein. Nach diesen Ausführungen wird es wohl leicht mehr wagen, mich als Nichtfachmann zu bezeichnen.

Da die hiesigen Zeitungen die Aufnahme meiner Schriftsätze über die Wasserfrage nach Anweisung der Stadtverwaltung verweigern, sende ich die vorliegende, eben neu erschienene Wochenzeitung, um meine Vorschläge zur Lösung der Wasserfrage zu veröffentlichen. Meinungen haben den Zweck, die Stadt auf die einfache und billige Beschaffung von Wasser zu veranlassen und zu verhindern, daß ungeheure und unnütze Kosten aufgewandt werden.

Meinen bekannnten, von 704 Mitbürgern unterstützten Antrag an den Herrn Regierungspräsidenten, die weiteren Gelbtausgaben für das schon in Ausführung begriffene neue Wasserwerk in der Senne solange zu unterlassen, bis die Genehmigung dazu erteilt ist, habe ich am 21. 6. 28 persönlich in Minden überreicht. Eine Unterredung mit dem Herrn Regierungspräsidenten selbst konnte nicht erfolgen, weil gleichzeitig eine Bezirks-Ausschussung stattfand. Ich hatte aber eine längere Besprechung mit dem Dezentralen Herrn Oberregierungsrat Schwemann. Von dem Herrn wurde ich freundlichst empfangen, was auf mich einen erfreulichen Eindruck machte in Erinnerung der schroffen Abweisung durch die städtischen Behörden meiner Vaterstadt.

Ich wies auf die betreffenden Stellen in den Anlagen in meinem Bericht hin;

1. Den Brief des Professors Dr. Stille, der in der Umschrift beigelegt wurde, worin er das von mir vorgeschlagene Tiefwasser empfiehlt.
2. Die Schrift des Dr. Ing. Thiem, worin er das Tiefwasser für hygienisch einwandfrei erklärt.
3. Den Bericht des Kreisarztes Medizinalrat Dr. Voer über die Heide-Walbschule, worin er auch Tiefbrunnen empfiehlt und erklärt, daß das anfangs gute Wasser des Heide-Schul-Flachbrunnens später unbrauchbar geworden sei. (Ich erkläre dann, daß daselbst schlechte Ergebnisse auch von den Sennebrunnen zu erwarten sind.)
4. Den Bericht im Welt. Volksbl. Nr. 100 S. 27. vom 12. 6. 28, worin Wasserwerksdirektor Mühlstein sich an Haberer des Wasserwerkes in der Senne wendet.

Zeitpunkt bereits 79 Jahre alt war, im Verlag Vahle in der Bachstraße 14. Anlass zur Gründung war der Bau des Sennewasserwerkes, dem Vonderbeck kritisch gegenüberstand. Allein diesem Thema widmete er sich in über 40 Artikeln.<sup>77</sup> Wie Vonderbeck zu dem Titel „Der grobe Paderborner“ kam, stellte er im Geleit seiner Zeitung dar: „Die Westfalen stehen in dem Rufe, grobe Leute zu sein. In der Provinz selbst schreibt man diese Eigenschaft den Bewohnern des Paderborner Landes zu, und hier gelten für besonders grob die Delbrücker und die Uekeraner. Beim näheren Kennenlernen des Volkscharakters offenbart sich jedoch diese Grobheit als der Ausdruck edler Tugenden, der Offenherzigkeit, Ehrlichkeit und Wahrheitsliebe. Viele Leute können aber die Wahrheit nicht vertragen. Mögen uns diese auch als Grobiane schimpfen, das soll uns nicht abhalten, bestehende Übelstände zu geißeln und offen und ehrlich und ohne Furcht die Wahrheit zu sagen, nach unserer Väter guten alten Art.“<sup>78</sup>

Vonderbeck verfolgte mit dem „grogen Paderborner“ ehrgeizige Ziele: „[...] Die Zeitung soll zu einer ‚Paderborner Illustrierten‘ ausgearbeitet werden, um den oben genannten Zweck [die freie Aussprache] sowie Nachrichten über Heimatkunde durch Bilder zu ergänzen.[...]“<sup>79</sup> Zwar fand der parteilose Vonderbeck mit seinen Artikeln, in denen er hauptsächlich Kritik an der Paderborner Kommunalpolitik und deren Trägern übte, nach Einschätzung von Martin Wagner große Zustimmung in der Paderborner Bevölkerung,<sup>80</sup> dennoch mußte er mit der Doppelnummer 17/18 vom 31. Oktober 1928 die Zeitschrift aus Kostengründen vorübergehend einstellen. Doch nach einem knappen Jahr meldete sich Vonderbeck erneut zu Wort. Mit der Schlagzeile „Hurra! Der grobe Paderborner ist wieder da“ und dem geänderten Untertitel „Zeitschrift zur freien Aussprache für Jedermann“ erschien „Der grobe Paderborner“ im September 1929 wieder. Den Grund für die abermalige Herausgabe schilderte Vonderbeck folgendermaßen: „[...] Diesmal ist er aus dem Uekern erstanden. Die letzten zwar nicht welt- oder stadterregenden Ereignisse haben ihn aus dem tiefen Schläfe zur weiteren Tätigkeit zum Wohle seiner Mitbürger wieder erweckt. Den Zentrums-Wahlspruch für ‚Wahrheit, Freiheit und Recht‘ wird er nicht nur im Munde führen, sondern durch die Tat befolgen. [...]“<sup>81</sup>

Druck und Verlag der nun normalerweise als Monatsschrift erscheinenden Zeitung erfolgten bei Franz Gröne in der Giersstraße. Ab der Nummer sieben wurde „Der grobe Paderborner“ von der Firma Hugo Böhle in Neuhaus gedruckt. Inhaltlich hatte sich wenig geändert. Vonderbeck, der gemeinsam mit dem Apotheker Clemens Schlüter die meisten Artikel schrieb, übte weiter Kritik an der Kommunalpolitik, insbesondere der Wasserversorgung und dem Bau des Sennewasserwerkes. Die ständige Kritik an der Stadtverordnetenversammlung blieb nicht ohne Folgen, denn im Februar 1931 wurde Vonderbeck durch den Magistrat untersagt, das Paderborner Stadtwappen im Titel zu führen, das dort seit der Nummer 1 vom Januar 1931 seinen Platz hatte.<sup>82</sup> Doch auch dies hielt ihn nicht von der weiteren Herausgabe ab. Die Auflage von 2 000 Exemplaren belegt, daß in der Bevölkerung durchaus ein Interesse an ihr bestand. Erst mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten stellte Vonderbeck den „grogen Paderborner“ vorübergehend ein. Wie ernst es ihm mit seiner Kritik war, verdeutlicht ein Zitat

<sup>77</sup> KAMPMANN, Ute: Anton Vonderbeck und „Der grobe Paderborner“. Zur Geschichte einer Paderborner Zeitung, in: Die Warte Nr. 69/1991 (52. Jahrgang), Paderborn 1991, S. 38.

<sup>78</sup> Dieses Geleit erschien in allen Ausgaben des „grogen Paderborners“.

<sup>79</sup> Der grobe Paderborner Nr. 6 vom 5. August 1928.

<sup>80</sup> Lippspringer Anzeiger Nr. 146/47 vom 29./30. Juni 1935.

<sup>81</sup> Der grobe Paderborner Nr. 1 vom September 1929.

<sup>82</sup> Der grobe Paderborner Nr. 5 vom März 1931.

aus dem Februar 1931: „Der Herausgeber und 1. Mitarbeiter des ‚groben‘ Paderborners, Herr Anton Vonderbeck, der auf den Tod erkrankt zu Bette lag, erklärte dem Priester vor der Beichte: ‚Ich habe von allem, was ich im ‚groben‘ Paderborner geschrieben, kein Wort zurückzunehmen. Mein ganzes Bestreben ging mir dahin, meine Mitbürger vor Schaden zu bewahren, und ich glaube, alle meine Taten vor Gott dem Allmächtigen verantworten zu können.“<sup>83</sup>

### 7. Weitere Zeitungsprojekte

Vier weitere Zeitungsprojekte waren nur von relativ kurzer Dauer. Am 23. September 1920 wurde die Tageszeitung „Der Turm“ gegründet, ein Ableger der gleichnamigen Bielefelder Zeitung. Eigentümer, Verleger und Drucker waren die Bielefelder August Rennebohm und Alfred Hausknecht, der auch Chefredakteur war.<sup>84</sup> Die Zeitung war dem Zentrum zuzuordnen, aber mehr zur gewerkschaftlichen Seite orientiert.<sup>85</sup> Mit diesem Konzept schien „Der Turm“ keinen besonderen Anklang in Paderborn gefunden zu haben, denn am 1. Juli 1922 stellte er sein Erscheinen wieder ein.<sup>86</sup> Als Verantwortlicher für den Paderborner Teil wurde in der Bielefelder Ausgabe des „Turmes“ zunächst Josef Burgdorf aufgeführt. Ab dem 4. November 1921 hatte Josef Bechthold diesen Posten inne, der auch die Paderborner Redaktion leitete, die Am Bogen 4 beheimatet war. Zum Zeitpunkt der Einstellung erschien „Der Turm“ als Wochenblatt.<sup>87</sup>

Der „Paderbote. Organ des werktätigen Volkes für Stadt und Land“ erschien ab dem 1. Juni sechsmal wöchentlich. Es handelte sich um einen Ableger der sozialdemokratischen Bielefelder „Volkswacht“,<sup>88</sup> von der wohl der überregionale Teil des „Paderboten“ hergestellt wurde. Nur der Lokalteil wurde in der Paderborner Geschäftsstelle in der Mälzerstraße 20 erstellt. Gedruckt wurde der „Paderbote“ im Verlag der „Volkswacht“ in Bielefeld. In der ersten Ausgabe wurden die Ziele der Zeitung erläutert: „Für das werktätige Volk in Stadt und Land erscheint heute der ‚Paderbote‘. In Paderborn und Umgegend sucht er seine Leser, denn immer stärker wird hier das Bedürfnis nach einer Zeitung, welche die Interessen des ‚kleinen Mannes‘ vertritt, die Interessen des städtischen Arbeiters gegenüber dem Arbeitgeber, des Heuerlings gegenüber dem Grundbesitzer, die Interessen des Beamten, des kleinen Gewerbetreibenden gegenüber dem Kapital. Sammeln will der ‚Paderbote‘ diese wirtschaftlich Schwachen, auf daß sie durch Einigung stark werde [...]“<sup>89</sup> Der „Paderbote“ mußte sein Erscheinen am 30. November 1922 wieder einstellen. In einer der letzten Nummern wurde den Lesern mitgeteilt, daß die Einstellung erfolge, da keine genügende Anzahl von Inserenten vorhanden sei.<sup>90</sup>

Für einen Monat hatte Paderborn eine Zeitung der Deutschnationalen Volkspartei. Die „Nationale Rundschau“, die das offizielle Organ der Deutschnationalen Volkspartei war, erschien im April 1924 in der Paderborner Anzeiger- und Verlagsdruckerei A.G. Redaktionell zeichnete der Fabrikdirektor Eberhard von Selasinsky verantwortlich.<sup>91</sup> Er brachte die Zeitung

<sup>83</sup> Der grobe Paderborner Nr. 2 vom Februar 1931.

<sup>84</sup> Stadtarchiv Paderborn A 4371

<sup>85</sup> Lippspringer Anzeiger Nr. 146/47 vom 29./30. Juni 1935.

<sup>86</sup> Paderborner Anzeiger Nr. 301 vom 31. Dezember 1922.

<sup>87</sup> Der Heimatbote Nr. 5/1934 (7. Jahrgang), Paderborn 1934, S. 4.

<sup>88</sup> Lippspringer Anzeiger Nr. 146/47 vom 29./30. Juni 1935.

<sup>89</sup> Paderbote Nr. 1 vom 1. Juni 1922.

<sup>90</sup> Stadtarchiv Paderborn A 4371.

<sup>91</sup> Lippspringer Anzeiger Nr. 146/47 vom 29./30. Juni 1935.

während des Wahlkampfes für die Kommunalwahlen vom 4. Mai 1924 heraus, und sie wurde daraufhin auch vom „Westfälischen Volksblatt“ als reine Wahlkampfzeitung bezeichnet.<sup>92</sup> Bei den Kommunalwahlen erreichte die DNVP in Paderborn 5,3 Prozent der Stimmen, womit sie weit hinter den führenden Parteien zurücklag. Wohl angesichts dieses Wahlergebnisses wurde die „Nationale Rundschau“, die sechsmal wöchentlich erschien, bereits nach zweimonatigem Erscheinen wieder eingestellt. Ihre Leser wurden mit dem „Paderborner Anzeiger“ beliefert.<sup>93</sup>

Die einzige Ausgabe von „Oho Haha“ erschien am 16. Januar 1933. Eigentümer, Verleger, Drucker und Chefredakteur war Franz Gröne. Die Zeitung bestand aus vier Seiten, über mehr als drei dieser Seiten erstreckte sich der Artikel: „Was die Stunde geschlagen hat“. In diesem sowie in den restlichen Artikeln und Gedichten wandte sich Gröne gegen den Bolschewismus. Zur Abwehr des Bolschewismus trat er nach Einschätzung der Paderborner Polizei für ein „positives Christentum“ und den Zusammenschluß aller Deutschen zu einer Not- und Schicksalsgemeinschaft ein.<sup>94</sup> Er forderte beispielsweise eine Vereinheitlichung der Einkommen und die Abschaffung der Produktionsmaschinen, damit der Mensch wieder in den Mittelpunkt des Erwerbslebens gestellt würde. Falls die Mißstände in Deutschland nicht abgeschafft würden und der breiten Masse nicht geholfen würde, befürchtete er eine bolschewistische Revolution, die den Untergang des deutschen Volkes bringen würde.<sup>95</sup> Eine zweite Ausgabe von „Oho Haha“ war angekündigt, erschien aber nicht mehr.

#### IV. Der Nationalsozialismus (1933 - 1945)

##### 1. Das Westfälische Volksblatt

Das „Westfälische Volksblatt“ war durch seine Stellung in Paderborn zu einem interessanten Objekt für die NSDAP geworden. Da zunächst aber nicht die Möglichkeit einer Übernahme bestand, sah es sich Repressalien ausgesetzt. Bereits am 1. März 1933 wurde es für die Zeit vom 3. bis 5. März verboten und war damit eine der zahlreichen katholischen Zeitungen, die dieses Schicksal während des Wahlkampfes zur Reichstagswahl am 5. März erlitten. Das Verbot erfolgte wegen des Satzes: „Ebenso hat man bei der Regierungsbildung in Berlin die Katholiken nicht haben wollen“, der in der Nummer 48 vom 27. Februar 1933 in einer Rede des Pater Muckermann abgedruckt worden war. In der Begründung des Verbotes hieß es, diese Behauptung sei „[...] objektiv unwahr. Er [der Satz] erhält daher den Tatbestand des § 9 Abs. 1 Ziffer 7 der Verordnung vom 4.2.1933, da er der Aufpeitschung konfessioneller Instinkte dient und offenbar auch dienen soll und dadurch lebenswichtige Interessen des Staates gefährdet. Zugleich bedeutet es eine Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung der Reichs- und Staatsregierung, wenn ihr zu Unrecht vorgeworfen wird, sie 'wolle keine Katholiken haben', sei also gegen die 'Katholiken' eingestellt, während es sich in Wirklichkeit lediglich um eine ablehnende Einstellung gegenüber der interkonfessionellen politischen Zentrumsparterie handeln kann“<sup>96</sup>

<sup>92</sup> Westfälisches Volksblatt Nr. 108 vom 8. Mai 1924.

<sup>93</sup> Lippspringer Anzeiger Nr. 146/147 vom 29./30. Juni 1935.

<sup>94</sup> Stadtarchiv Paderborn A 4371.

<sup>95</sup> Oho Haha Nr. 1 vom 16. Januar 1933.

<sup>96</sup> StADt M 1 IP Nr. 1617, Blatt 99.

Im Oktober 1933 wurde Martin Walter seines Amtes als Hauptschriftleiter des „Volksblatts“ enthoben, da er sich „zu schnell umgestellt habe“,<sup>97</sup> und von Dr. Heinrich Staab abgelöst. Aber auch unter der Leitung Staabs kam es zu Konflikten mit den Behörden. Am 14. Februar 1934 gab es eine Verwarnung aufgrund eines Artikels über Kleinkaliberschießsport, der in außenpolitischen Verhandlungen über die Abrüstung gegen Deutschland ausgewertet werden könne.<sup>98</sup> Aufgrund eines Druckfehlers in der Ausgabe vom 12. Mai 1934 mußte Staab am 29. Mai bei der Polizei vorsprechen. Ihm wurde vorgeworfen, der Druck des Wortes „mist“ statt „mich“ in einem Artikel über eine Goebbels-Rede könne als Beleidigung des Staatsministers aufgefaßt werden. Staab erklärte, daß die Typen -st- und -ch- im Setzkasten direkt nebeneinander lägen und der Setzer sich lediglich vergriffen habe. Der Fehler sei zu spät bemerkt worden, tauche aber nur in einem Teil der Auflage auf, da er sofort nach Feststellung beseitigt worden sei. Staab übernahm die Verantwortung für den Vorfall, der keine Strafe nach sich zog.<sup>99</sup>

Von den Nationalsozialisten wurden Überlegungen angestellt, wie das „Volksblatt“ in Besitz zu nehmen sei. Am 25. Juni 1935 teilte das Gaupresseamt Westfalen/Nord dem Landrat Homann mit, daß Revisoren der Reichsleitung die Zeitung auf ihre Wirtschaftlichkeit überprüfen würden, und man hoffe, daß sie durch die NSDAP übernommen werden könne.<sup>100</sup> Die Übernahme zeichnete sich im November 1935 in einem weiteren Schreiben des Gaupresseamtes ab, in dem ihm mitgeteilt wurde, daß der Partei 51 Prozent der Verlagsrechte des „Volksblatts“ abgetreten werden. Nach Ansicht des Gaupresseamtsleiters „[...] hat sich Herr Dr. Schöningh bereit erklärt, auf dieser Grundlage mit der Partei zusammenzugehen, weil er hofft, auf diese Weise seine in Hessen, Thüringen und Sachsen erscheinenden Landesausgaben retten zu können.[...]“<sup>101</sup> Schöninghs Hoffnung erfüllte sich nicht, denn die Landesausgaben wurden am 29. Februar 1936 eingestellt. Nachdem die Aktiengesellschaft aufgelöst worden war, ging das „Volksblatt“, am 1. März 1936 in die Hand der Wera G.m.b.H. in Berlin, einem Organ der Reichspressekammer, über. Vom 15. Mai 1936 an trug es den Untertitel „Amtliches Verkündigungsblatt des Kreises Paderborn“, ab dem 1. Juli 1936 war es gleichzeitig Verkündigungsblatt der NSDAP.

Bei den Wera-Zeitungen war es üblich, daß sie ihren alten Titel und nach Möglichkeit auch die alten Verlags- oder Firmenbezeichnungen behielten. Inhaltlich vertraten sie eine etwas gedämpftere und reserviertere nationalsozialistische Haltung, um den alten Leserstamm zu halten.<sup>102</sup> Dies zeigte sich zunächst auch im „Volksblatt“, denn gerade die „Judenfrage“ stand bis Ende 1937 nicht im Mittelpunkt der Berichterstattung. Zwar hatte mit dem Gau- und Reichsredner Wolfgang Bergemann am 17. März 1937 ein überzeugter Nationalsozialist die Hauptschriftleitung übernommen, doch eine antijüdische Pressekampagne setzte erst ab Anfang 1938 ein. Nach der „Reichspogromnacht“ am 9. November 1938 erschienen zahlreiche Artikel zur Rechtfertigung der Ereignisse der Nacht, ab Ende November 1938 erschien mit dem „Judenpranger“ eine Rubrik, die die Minderwertigkeit der jüdischen Rasse dokumentieren und

<sup>97</sup> KUSCHEL, Konrad: Die Heimatzeitung im Hochstift Paderborn, Münster 1951 (Seminararbeit aus dem Sommersemester 1951 am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft in Münster), S. 17.

<sup>98</sup> StADt M 1 IP Nr. 1617, Blatt 138.

<sup>99</sup> StADt M 1 IP Nr. 1617, Blatt 143/44.

<sup>100</sup> StADt M 1 IP Nr. 1617, Blatt 204.

<sup>101</sup> StADt M 1 IP Nr. 1617, Blatt 207.

<sup>102</sup> SCHMIDT, Fritz: Presse in Fesseln. Eine Schilderung des NS-Pressetrustes, Berlin 1947, S. 74.

die Juden als Untermenschen „entlarven“ sollte. Später diente die Judenhetze dazu, von Kriegsniederlagen abzulenken. Die Hetze ließ erst Ende 1944 nach und verstummte bald ganz. An ihre Stelle traten Durchhalteparolen, die die Moral der Bevölkerung stärken sollten.<sup>103</sup> Bereits 1939 hatte ein Inspekteur des Reichspropagandaministeriums eine Entkatholisierung der Zeitung versucht. Dieser Versuch wurde durch das Ministerium gestoppt, da das „Volksblatt“ durch die Berichterstattung über Klosterprozesse bereits über 3 000 Abonnenten verloren hatte.<sup>104</sup>

Das „Volksblatt“ hatte auch unter den Auswirkungen des Krieges zu leiden. Der Umfang ging auf vier bis acht Seiten zurück, ab dem 2. Januar 1941 fiel die Titelvignette weg, die aus der westfälischen Eiche, einem Kreuz, einem Pflug, einem Buch und einem Schwert bestanden hatte. Trauriger Höhepunkt der Kriegsjahre für das „Westfälische Volksblatt“ aber waren die Bombenangriffe der Alliierten auf Paderborn. Gegen Mittag des 17. Januar wurde der Betrieb des „Westfälischen Volksblatt“ in der Rosenstraße von Bomben zerstört. In weiser Voraussicht hatten die Verantwortlichen in den Jahren 1943 und 1944 in einem Stallgebäude der Ziegelei Junk zwischen Paderborn und Elsen einen Ausweichbetrieb eingerichtet, so daß die Zeitung bereits am 20. Januar wieder erscheinen konnte.<sup>105</sup> Das vorläufige Aus für das „Volksblatt“, dessen Hauptschriftleiter zu diesem Zeitpunkt Karl Anton Speck war, kam mit dem verheerenden Bombenangriff vom 27. März. Die Ausgabe vom 28. März wurde zwar noch gedruckt, kam aber nicht mehr zum Versand.<sup>106</sup>

## 2. Der Paderborner Anzeiger

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten begann für den „Paderborner Anzeiger“, das letzte Kapitel seines 48jährigen Bestehens. Wiederholt bekam er die Repressalien der „neuen“ Pressepolitik im Reich zu spüren. Am 16. Februar 1934 wurde ein Verbot des „Anzeigers“ wegen einer Lokalnotiz über die Beerdigung des jüdischen Kaufmann Herzheim beantragt, es blieb aber bei einer Verwarnung.<sup>107</sup> Am 1. August 1934 mußten der „Neuhäuser Anzeiger“ und der „Delbrücker Anzeiger“ aufgrund der Anordnungen des Werberates der Deutschen Wirtschaft vom 21. November 1933 eingestellt werden.<sup>108</sup>

Wegen des Artikels „Katholizismus und die politische Krise“ in der Beilage „Die Sonntagsglocke“ vom 17. Februar 1935 wurde der „Anzeiger“ vom 22. bis 24. Februar durch den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen verboten. Das Verbot wurde den Lesern durch ein Sonderblatt mitgeteilt.<sup>109</sup> Gründe für das Verbot durften nicht mitgeteilt werden. Es erfolgte u. a. auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933. Der beanstandete Artikel habe unter anderem die Tendenz, eine dem Zentrum ähnliche Partei zu gründen. Dies sei strafbar, da es gegen das Gesetz gegen die Neubildung von Parteien vom 14. Juli 1933 verstoße. Als weitere Begründung wurde angeführt,

<sup>103</sup> NAARMANN, Margit: Die Paderborner Juden. 1802 - 1945. Emanzipation, Integration und Vernichtung. Ein Beitrag zur Geschichte der Juden in Westfalen im 19. und 20. Jahrhundert, (Paderborner Historische Forschungen Nr. 1 herausgegeben von Friedhelm Golücke, Karl Hüser und Jörg Jarnut), Paderborn 1988, S. 286.

<sup>104</sup> KUSCHEL: Heimatzeitung, a.a.O., S. 18.

<sup>105</sup> ZÜNKLER, Berthold: Neues Leben aus Ruinen. Wiedergeburt einer Zeitung, in: Westfälisches Volksblatt Sonderausgabe zum 125jährigen bestehen vom 13. Oktober 1973.

<sup>106</sup> Westfälisches Volksblatt Nr. 48 vom 31. Dezember 1949.

<sup>107</sup> StADt M 1 IP Nr. 1617, Blatt 162.

<sup>108</sup> Lippspringer Anzeiger Nr. 146/47 vom 29./30. Juni 1935.

<sup>109</sup> Sonderblatt des Lippspringer Anzeiger vom 22. Februar 1935.

die Äußerung, der Nationalsozialismus würde als eine neue Religion verkündet, könne „[...] nur als eine bewußte Stimmungsmache gegen den nationalsozialistischen Staat gewertet werden, die um so schlimmer ist, als die Parallele zu Rußland, also zum Kommunismus, gezogen wird.“ In Folge des Verbotes wies das Oberpräsidium den Landrat an, dem „Anzeiger“ zu untersagen, sich als „Amtliches Kreisblatt“ zu bezeichnen.<sup>110</sup>

Das Aus für den „Anzeiger“ kam mit der Anordnung des Präsidenten der Reichspressekammer vom 24. April 1935, wonach Aktiengesellschaften keine Zeitungen herausgeben durften. Bei einer Generalversammlung der Gesellschaft am 15. Juni 1935 mußte die Auflösung der Paderborner Anzeiger- und Verlagsdruckerei A.G. beschlossen werden. In der letzten Ausgabe des „Anzeigers“ am 29. Juni 1935 schilderte Martin Wagner noch einmal die Geschichte der Zeitung und stellte seine Bedeutung für Stadt und Land Paderborn dar. In einem Fazit über die Bedeutung des „Anzeigers“ stellte Wagner heraus, daß dieser eine „[...] Heimatzeitung, die ein halbes Jahrhundert lang mit Idealismus und in ernster, oft aufreibender Arbeit sich in den Dienst der Allgemeinheit stellte [...]“ war. Der „Paderborner Anzeiger“, „[...] der stets an vorderster Front stand, wenn es galt, Dienst an der Heimat zu tun, [...]“ habe eine Vielzahl von Anregungen gegeben, die zum Wohle Paderborns und seiner Bürger erfüllt wurden. Nach 48jähriger Arbeit im Dienste der Allgemeinheit könne der „Anzeiger“ „[...] mit Befriedigung und Stolz auf seine `Lebensarbeit` zurückblicken, und wenn er heute von der Zeitbühne abtritt, dann tut er dies nicht, ohne der alten Paderstadt, dem Paderborner Land und ihrer Bevölkerung ein herzliches Glück Auf für alle Zukunft entgezurufen.[...]“<sup>111</sup>

### 3. Der Filter

Trotz mangelnder NSDAP-Unterstützung kämpfte der „Filter“ auch nach der Machtübernahme am 30. Januar 1933 weiter für den Nationalsozialismus und übte Kritik an Staats- und Kommunalbeamten, die nicht der NSDAP angehörten. In einem konkreten Fall hatte der „Filter“ im September 1933 die nationale Gesinnung Dr. Wands, dem Amtsbürgermeisters des Amtes Büren, angezweifelt. Der Bürener Landrat beantragte daraufhin beim Regierungspräsidenten, den verantwortlichen Redakteur unter Androhung eines Zeitungsverbotes zur Rechenschaft zu ziehen und führte aus: „[...] Die Homogenität des Staates und seiner Behördenvertreter verbietet die Duldung einer derartigen Form der Berichterstattung ohne weiteres. Solche Maximen einer jüdischen Presse-Berichterstattung, die in der Zersetzung und Spaltung ihr Ziel sieht, gehört nicht in den heutigen Staat. Ein Redakteur, der das nicht weiß, hat die Folgen zu tragen und zwar um so mehr, wenn sein Blatt sich als Vorkämpfer des national-sozialistischen Staates bezeichnet. [...]“<sup>112</sup> Dieser Vorfall und ähnliche führten nicht zu einem Verbot, sondern lediglich zu Verwarnungen für Verlag oder Schriftleitung.

Die Einstellung des „Filters“ erfolgte am 25. März 1935 aus finanziellen Gründen. Zum Zeitpunkt der Einstellung hatte das Blatt laut einer Registerkarte des Paderborner Landrates bei einem Preis von 15 Reichspfennig noch etwa 6 500 Abonnenten.<sup>113</sup> Nachdem der „Filter“ von Anfang 1934 bis zum 1. März 1934 dreimal wöchentlich erschienen war, erschien er bis zu seiner Einstellung als Tageszeitung. Seine nationalsozialistische Haltung untermauerte er

<sup>110</sup> StADt M 1 IP Nr. 1617, Blatt 196.

<sup>111</sup> Lippspringer Anzeiger Nr. 146/47 vom 29./30. Juni 1935.

<sup>112</sup> StADt M 1 IP Nr. 1617, Blatt 115.

<sup>113</sup> StADt M 1 IP Nr. 1617, Blatt 181.

zwischenzeitlich dadurch, daß er im Titelpfopf neben den gebräuchlichen Monatsnamen des julianischen Kalenders auch die germanischen Monatsnamen wie Brachet für den Juni oder Ostermond für den April benutzte.<sup>114</sup>

Im Juni 1936 kam es zur Neugründung des „Filter“ mit dem neuen Untertitel: „Westfalehort. Das deutsche Wochenblatt zum Kampf um die nationalsozialistische Weltanschauung“. Der „Filter“ erschien nun als Wochenzeitung und hatte zunächst 3 000 Abonnenten. Eigentümer, Verleger und Drucker war erneut der Verlag Gutenberghaus in Paderborn. Hauptschriftleiter war Hans Hennecke.<sup>115</sup> Auch diesmal konnte sich der „Filter“, der erneut keine offizielle Anerkennung durch die NSDAP fand, nicht lange behaupten, im Januar 1937 wurde er aus finanziellen Gründen eingestellt.<sup>116</sup> Die Zahl der Abonnenten war auf 1 000 zurückgegangen.<sup>117</sup>

In der ersten Ausgabe nach der Neugründung stellten Verlag und Schriftleitung ihre Ziele dar: „[...] Filter wollen wir sein für alles, was undeutsch und nicht völkisch ist, als erste Absaat gleichsam soll rein vom Spreu nationalsozialistisches Gedanken- und Ideengut gesät werden, unvermengt und unvermischt, fern- und zurückbleiben wird im Filter jegliche Beimengung, die schon beim ersten Saatenstand als Unkraut auf unserem heimatlichen Boden erkennbar wäre. Westfalehort ist sein Untertitel: Westfälisch wollen wir sein: hart und treu und bieder, starrköpfig auch, wenn es sein muß, wurzelecht, kompromißlos und knorrig, so wie man es unserer Art nachrühmt oder nachsagt im guten oder schlechten Sinne. Hort wollen wir schließlich sein allen Deutschen, schützen wollen wir die junge Saat, die aufgeht durch den Filter, und mithelfen zur Ernte des nationalsozialistischen Gedanken- und Ideengutes, auf unserem Boden [...]“<sup>118</sup> Damit hatte der „Filter“ aber nicht den gewünschten Erfolg. Sein Eintreten für eine von Rom losgesagte katholische Nationalkirche<sup>119</sup> und der Kampf gegen die römisch-katholische Kirche fanden in Paderborn keinen fruchtbaren Boden. Nach der endgültigen Einstellung des „Filters“ kam es zu keinem weiteren Versuch, eine nationalsozialistische Zeitung in Paderborn herauszugeben. Durch die Übernahme des „Westfälischen Volksblattes“ hatte die NSDAP aber die einzig noch in Paderborn erscheinende Zeitung in ihrer Hand.<sup>120</sup>

#### 4. Der grobe Paderborner

Nach der Machtübernahme durch die NSDAP erschien „Der grobe Paderborner“ vorübergehend nicht mehr. Anton Vonderbeck hatte gehofft, mit der neuen nationalsozialistischen Regierung sei keine Kritik seinerseits mehr nötig. Er habe aber festgestellt, daß die alte Zentrumsmißwirtschaft noch nicht restlos beseitigt sei.<sup>121</sup> Im September 1933 meldete sich der mittlerweile 84jährige daher wieder zu Wort und erweckte mit seiner Kritik das Mißfallen des Landrats. Am 29. Dezember 1934 stellte er den Antrag, den „grogen

<sup>114</sup> Siehe Filter Nr. 68 vom 24. Ostermond (April) 1934 und Filter Nr. 117 vom 25. Brachet (Juni) 1934

<sup>115</sup> StADt M 1 IP Nr. 1617, Blatt 212.

<sup>116</sup> HÜSER, Karl, Barbara STAMBOLIS: Unter dem Hakenkreuz: Im Gleichschritt, marsch! 1933 - 1945 (Paderborn. Geschichte in Bildern - Dokumenten - Zeugnissen Heft 3), Paderborn 1989, S. 38.

<sup>117</sup> StADt M 1 IP Nr. 1617, Blatt 259.

<sup>118</sup> Der Filter Nr. 1 vom Juni 1936.

<sup>119</sup> HÜSER, STAMBOLIS: Hakenkreuz, a.a.O., S. 38.

<sup>120</sup> Siehe Kapitel V. 2.1.

<sup>121</sup> Der grobe Paderborner Nr. 3 vom Dezember 1934.

Paderborner“ für sechs Monate zu verbieten, mit der Begründung: „[...] Wie ich aus den beiliegenden Belegexemplaren zu ersehen bitte, erblickt Vonderbeck seine Hauptaufgaben darin, gegen Behörden, Behördenleiter, sowie gegen behördliche Maßnahmen und Anordnungen in ungebührlich kritischer Weise vorzugehen. Es gibt kaum eine städtische Bauausführung, über die Vonderbeck - der als großer Querulant bekannt ist - nicht nörgelt und stänkert. Wenn Vonderbeck auch bei der vernünftig denkenden Paderborner Bevölkerung nicht ernst genommen wird, so genügen seine Abhandlungen in der Druckschrift „Der grobe Paderborner“ doch hinreichend, Hass und Mißtrauen gegen Behörden und Behördenleiter bei einem Teile der Bevölkerung wach zu rufen. [...]“<sup>122</sup> Dem Antrag wurde nicht stattgegeben, da es sich in den Artikeln im „grogen Paderborner“ um sachliche Kritik handele, die nicht unter § 9 Ziffer 5 der Verordnung zum Schutz des Deutschen Volkes falle. Zudem war der Oberpräsident der Ansicht, daß dem „grogen Paderborner“, „[...] durch ein Verbot wohl auch zu viel Ehre angetan wäre.“<sup>123</sup>

Die letzte erhalten gebliebene und wahrscheinlich auch letzte Ausgabe des „grogen Paderborners“ datiert vom Januar 1935. Danach wurde die Zeitung wahrscheinlich doch von den Behörden verboten. Hierüber ließen sich zwar keine offiziellen Dokumente finden, doch in der Wagnerschen Chronik wird zweimal erwähnt, daß „Der grobe Paderborner“ sein Erscheinen aufgrund eines Verbotes einstellen mußte. Wagner war sich aber wohl über den genauen Zeitpunkt des Verbotes nicht sicher, denn er gibt hierfür die Jahre 1933 und 1934 an.<sup>124</sup> Ob sich für Anton Vonderbeck, der im Januar 1940 im Alter von 91 Jahren starb, auch persönliche Konsequenzen aus diesem Verbot ergaben, ist nicht bekannt.

## V. Vom Ende des II. Weltkrieges bis zur Aufhebung des Lizenzzwanges (1945 - 1949)

### 1. Das Westfälische Volksblatt

Obwohl ein Teil der Druckerei des „Westfälischen Volksblattes“ vor der Bombardierung Paderborns in die Ziegelei Junk zwischen Paderborn und Elsen ausgelagert worden war, erschien das „Volksblatt“ zunächst nicht weiter. Allerdings ging im Mai 1945 bei den britischen Standortbehörden ein Antrag ein, es wieder erscheinen zu lassen. Maschinen, Arbeiter sowie ein Papiervorrat für mehrere Monate seien vorhanden, so daß die Zeitung dreimal pro Woche erscheinen könne. Dem Antrag wurde nicht stattgegeben, da Unklarheiten über die Besitzansprüche an der Zeitung bestanden und die Frage der Zensur nicht geklärt war.<sup>125</sup> Ende Mai 1945 vermerkten die britischen Behörden in einem Bericht, daß Vorbereitungen durch Schöningh, den ehemaligen Besitzer des „Volksblattes“, getroffen wurden, die „Neue Westfälische Zeitung“ herauszugeben.<sup>126</sup> Hierzu kam es aber nicht, denn die Vorbereitungen für die Einführung der Lizenzpresse waren bereits in vollem Gang. Zudem waren am 12. Mai 1945

<sup>122</sup> StADt M 1 IP Nr. 1617, Blatt 152.

<sup>123</sup> StADt M 1 IP Nr. 1617, Blatt 158.

<sup>124</sup> Stadtarchiv Paderborn A 5460 (Wagnersche Chronik), Bl. 327 und 330.

<sup>125</sup> War Diary of 515 Military Government Department Report No. 35, 10 May 1945 (Stadtarchiv Paderborn)

<sup>126</sup> War Diary of 515 Military Government Department Report No. 40, 29 May 1945 (Stadtarchiv Paderborn)

per Gesetz Nachrichtenmittel unter deutscher Verantwortung durch die Alliierten verboten worden.<sup>127</sup>

Während der Phase der Lizenzpresse durfte das „Volksblatt“ als „Altverlegerzeitung“ nicht erscheinen. Doch die Druckerei war betriebsbereit, und auf Bestreben von Maria Hellmold, der Geschäftsführerin des „Volksblattes“, wurde in Elsen eine Akzidenzdruckerei eingerichtet. Im Auftrag der Militärbehörde wurden das „Amtliche Mitteilungsblatt“, Personalausweise, Lebensmittelkarten und die Monatsschriften des Kriegsgefangenenhilfswerkes „Der Lagerpfarrer“ und „Der Fährmann“ hergestellt. Gleichzeitig wurde der Plan für den Neubau der Druckerei in der Rosenstraße in die Tat umgesetzt, wo der Technische Betrieb nach der Währungsreform vom 20. Juni 1948 aufgenommen wurde. Ab dem 1. August 1949 wurde hier die Lizenzzeitung „Neuer Westfälischer Kurier“ gedruckt.<sup>128</sup>

Als 1949 der Lizenzzwang durch die britische Militärbehörde aufgehoben wurde, erreichte Maria Hellmold beim Landesbeauftragten für gesperrtes Vermögen, der Landespressestelle und dem Senior Property Control Officer für Nordrhein-Westfalen, daß das „Volksblatt“ wieder erscheinen durfte. Nachdem zunächst ein Probeexemplar gedruckt worden war, erschien es ab dem 1. November 1949 Pause wieder in Paderborn. Der Verlag hatte die Bezirksausgabe des „Neuen Westfälischen Kuriers“ übernommen und belieferte dessen 10 898 Abonnenten mit der ersten Ausgabe des „Volksblattes“. Weitere 9 000 Exemplare wurden in den Kreisen Höxter, Warburg und Büren verteilt.<sup>129</sup>

Im Grußwort der ersten „neuen“ Ausgabe versprachen Verlag und Schriftleitung: „Wenn heute das Westfälische Volksblatt wieder in altem vertrautem Gewande vor seine Leser tritt, dann will es an alles anknüpfen, was in seiner ehrwürdigen Tradition gut war und was es zur meistgelesenen Zeitung unserer Heimat gemacht hat. Darüber hinaus wird es allen Ansprüchen gerecht werden, die an eine moderne Zeitung gestellt werden. Es will lebendiger und aktueller Mittler sein zwischen den Lesern, dem großen Geschehen in der Welt und den Ereignissen in der Heimat.“<sup>130</sup> Worte zur Zeit des Nationalsozialismus gab es nicht.

Das „Volksblatt“ wurde von der Bevölkerung sofort gut aufgenommen, war bereits nach einem halben Jahr wieder die auflage- und anzeigenstärkste Zeitung in Paderborn und hatte sich damit die Stellung als führende Paderborner Tageszeitung zurückerobert. Ein klares Indiz dafür, daß die Bevölkerung das Vertrauen in das „Volksblatt“, das es sich in seiner fast hundertjährigen Geschichte erworben hatte, nicht verloren hatte, obwohl es als offizielle NSDAP-Zeitung gegolten hatte und nach dem Krieg über vier Jahre nicht erscheinen durfte. Das publizistische Ziel sahen die Herausgeber in einer gesamtchristlichen Grundhaltung und in sachlicher Kritik, ohne einer bestimmten Partei verpflichtet zu sein.<sup>131</sup> Das „Volksblatt“ erschien nun im neu gegründeten Zeitungsverlag für das Hochstift Paderborn.

<sup>127</sup> LIEDTKE, Rüdiger: Die verschenkte Presse. Die Geschichte der Lizenzierung von Zeitungen nach 1945, Berlin 1982, S. 189.

<sup>128</sup> ZÜNKLER: Neues Leben, a.a.O.

<sup>129</sup> ZÜNKLER: Neues Leben, a.a.O.

<sup>130</sup> Westfälisches Volksblatt Nr. 1 vom 2. November 1949.

<sup>131</sup> KUSCHEL: Westfälisches Volksblatt, a.a.O., S. 80.

## 2. Amtliche Mitteilungsblätter

Nur kurze Zeit nach der Besetzung Paderborns und der Eingliederung in die Britische Besatzungszone begannen die Militärbehörden mit der ersten Phase ihrer Pressepolitik. Am 19. Mai 1945 erschien in Oelde die erste Ausgabe der „Neuen Westfälischen Zeitung“ - nicht zu verwechseln mit der heutigen „Neuen Westfälischen“ - ein amtliches „Nachrichtenblatt der alliierten Militärbehörde“, das zunächst aus Papiermangel einmal wöchentlich freitags erschien. Neben amtlichen Mitteilungen der Militärbehörde fanden sich Lokalnachrichten, Nachrichten aus aller Welt, aber auch Geschäftsanzeigen, deren Aufnahme der Zustimmung der Militärbehörde bedurfte. Paderborn wurde mit der Teilausgabe A für Bielefeld, Halle, Wiedenbrück, Paderborn, Büren, Höxter und Warburg, ab der Nummer 9 vom 10. Juli 1945 mit der Teilausgabe H für die Kreise, Paderborn, Höxter, Warburg und Büren beliefert. Die Ausgabe für Paderborn wurde ab der Nummer 6 vom 22. Juni 1945 in Bielefeld gedruckt. Die Zeitung verzeichnete eine rasch wachsende Auflage von zeitweise über einer Million Exemplaren und nahm im August 1945 keine Bestellungen mehr an, da die erlaubte Höchstauflage erreicht war.

Ab dem 1. September 1945 gaben die alliierten Militärbehörden mit dem „Amtlichen Mitteilungsblatt für die Kreise Paderborn Büren - Warburg - Höxter“ einen zweiten Anzeiger heraus, der bereits ab der 2. Ausgabe nur noch den Titel „Amtliches Mitteilungsblatt für den Kreis Paderborn“ trug. Druck und Verlag erfolgten durch die Westfälische Volksblatt G.m.b.H., die ihren Sitz zwischenzeitlich in der Ferdinandstraße 78 hatte. Bis zum Umzug in die Rosenstraße im November 1948 befand sich der Technische Betrieb in der Ziegelei Junk. Die Drucklizenz besaß Maria Hellmold. Das „Mitteilungsblatt“ erschien samstags in unterschiedlichen Formaten und enthielt amtliche Bekanntmachungen aller militärischen und zivilen Behörden. Es wurden Gerichtsurteile und Firmengründungen bekanntgegeben, Gottesdienstordnungen veröffentlicht, aber auch Regelungen bezüglich der Lebensmittelverteilung abgedruckt. Darüber hinaus enthielt das „Mitteilungsblatt“ private Kleinanzeigen, bei denen es sich um Tauschanzeigen, Stellengesuche, Familienanzeigen sowie um Anzeigen über die Suche nach Vermissten handelte. Die letzte erhalten gebliebene Nummer des „Amtlichen Mitteilungsblattes“ ist die Nummer 5 vom 9. Juni 1949.<sup>132</sup> Es ist anzunehmen, daß es etwa zu diesem Zeitpunkt auch eingestellt wurde, da die Pressehoheit durch das Grundgesetz vom 23. Mai 1949 und die Aufhebung des Lizenzzwanges am 21. September 1949 auf die deutsche Verwaltung übergegangen war.

## 3. Die Lizenzpresse

Phase Zwei der Pressepolitik der britischen Militärbehörde war die Lizenzierung von neuen parteigebundenen Zeitungen, von denen Schöningh als Altverleger ausgeschlossen war. Speziell für Paderborn wurde keine Lizenz erteilt, allerdings brachten fünf Lizenzzeitungen Bezirksausgaben für Paderborn heraus. Vom politischen Standpunkt her vertraten sie die CDU, die SPD, die KPD und das Zentrum.

### 3.1 Westfalen-Zeitung

Die Bielefelder „Westfalen-Zeitung“ war die erste Zeitung, die nach Einführung des Lizenzierungsverfahren in Paderborn erschien, vertrat die CDU und wurde im Regierungsbezirk

<sup>132</sup> Amtliches Mitteilungsblatt für den Kreis Paderborn Nr. 5 vom 9. Juni 1949.

Detmold vertrieben. Die Paderborner Ausgabe, die den Untertitel „Paderborn-Bürener Tageblatt für Politik und christliche Kultur“ trug und erstmals am 15. März 1946 erschien, war eine von zunächst zehn Bezirksausgaben. Die Lizenzträger waren Alfred Hausknecht und Diether Lauenstein aus Bielefeld. Hausknecht, der in den zwanziger Jahren als Herausgeber des „Turmes“ in Paderborn in Erscheinung getreten war, war zunächst auch Chefredakteur. Die „Westfalen-Zeitung“ wurde im Zeitungsverlag für Westfalen G.m.b.H. in Bielefeld gedruckt, später erfolgte der Druck der Paderborner Bezirksausgabe bei der Bonifacius-Druckerei in Paderborn.<sup>133</sup> Obwohl die „Westfalen-Zeitung“ ab dem Juli 1950 in Bielefeld den Titel „Westfalen-Blatt“ trug, kam sie in Paderborn noch bis zum 14. Februar 1958 unter dem Titel „Westfalen-Zeitung“ heraus. Dann vollzog sich die Fusion mit dem „Westfälischen Volksblatt“, das deshalb ab dem 15. Februar 1958 den Untertitel „Westfalen-Zeitung - Paderborner Tageblatt“ trug. Seitdem ist der Zeitungsverlag für das Hochstift Paderborn G.m.b.H. als selbständiger Verlag in den Bielefelder Zeitungsverlag Westfalen-Blatt/Vereinigte Zeitungsverlage G.m.b.H. eingebunden, das „Westfälische Volksblatt“ wurde zur auf-  
lagestärksten Lokalausgabe des „Westfalen-Blattes“.<sup>134</sup>

### 3.2 Neuer Westfälischer Kurier

Ab dem 6. September 1946 erschien die erste Ausgabe der in Werl beheimateten Zentrumszeitung „Neuer Westfälischer Kurier“ in Paderborn. Lizenzträger waren Fritz Erhart, Josef Weiser und Helene Wessel.<sup>135</sup> Auf die Bezirksausgabe Paderborn-Warburg, eine von zwölf Bezirksausgaben, entfielen 11 000 Exemplare. Der Lokalteil des „Kuriere“, der in den Regierungsbezirken Münster, Arnsberg und Detmold verbreitet wurde, wurde ab dem 1. August 1949 im Lohndruckverfahren im Technischen Betrieb des „Westfälischen Volksblattes“ gedruckt.<sup>136</sup> Ab diesem Zeitpunkt führte der „Kurier“ den Untertitel: „Volksblatt für das Paderborner Hochstift“ und lehnte sich durch diesen Titel schon an das „Westfälische Volksblatt“ an. Nach der Aufhebung des Lizenzzwanges übernahm der Verlag des „Westfälischen Volksblattes“ die Bezirksausgabe des „Kuriere“, dessen letzte Ausgabe am 31. Oktober 1949 erschien. Für den Paderborner Lokalteil war zu diesem Zeitpunkt Dr. Karl Hamel verantwortlich, der 1929 Schriftleiter beim „Sauerländer“ in Arnsberg, einer Bezirksausgabe des „Westfälischen Volksblattes“, gewesen war.<sup>137</sup>

### 3.3 Westdeutsches Volksecho

Mit dem „Westdeutschen Volksecho“ war die KPD ab dem 7. Mai 1946 mit einer Tageszeitung in Paderborn vertreten, deren Verlagssitz Dortmund war. Lizenzträger waren Max Wozniakowski, Karl Vollmer und Willy Perk. Verbreitet wurde die Zeitung im Ruhrgebiet, am Niederrhein und im Regierungsbezirk Detmold. Hier erschien das „Westdeutsche Volksecho“, in dessen Bezirksausgabe für Paderborn die Rubrik „Aus dem Paderborner Land“ zu finden war, nur bis zum 9. Juli 1946, denn als das „Volksecho für Westfalen-Lippe“ lizenziert wurde, wurde das Papier für die Auflage dieser neuen Zeitung beim „Volksecho“ abgezogen, das daher

<sup>133</sup> Lizenzen-Handbuch Deutscher Verlage, Berlin 1949, S. 5f.

<sup>134</sup> DRESSLER, Rolf: Westfalen-Blatt, in: BOLL, Bernhard; Volker SCHULZE; Hans SÜSSMUTH (Hrsg.): Zeitungsland Nordrhein-Westfalen. Geschichte - Profile - Struktur, Bonn 1993, S. 595.

<sup>135</sup> Lizenzen-Handbuch: a.a.O., S. 28.

<sup>136</sup> ZÜNKLER: Neues Leben, a.a.O.

<sup>137</sup> Stadtarchiv Paderborn A 4371.

sein Erscheinen im Regierungsbezirk Detmold einstellte.<sup>138</sup> Alle anderen Ausgaben des „Volksechos“ mußten ihr Erscheinen am 4. Mai 1948 einstellen, da es durch Lizenzentzug verboten wurde. Als Nachfolgeblatt erschien ab dem 15. September 1949 die „Neue Volks-Zeitung“, die nach dem KPD-Verbot am 17. August 1956 ebenfalls eingestellt wurde.<sup>139</sup>

### 3.4 Volksecho für Westfalen-Lippe

Am 16. Juli 1946 erschien die in Detmold gedruckte KPD-Zeitung „Volksecho für Westfalen-Lippe“ mit einer Paderborner Bezirksausgabe. Sie wurde in den Regierungsbezirken Detmold, Münster und Arnsberg verbreitet, stellte hier den Nachfolger des „Westdeutschen Volksechos“ dar. Lizenzträger waren Philipp Roth, Aloys Schweins und Gustav Niebuhr, der später von Georg Gattel ersetzt wurde. Niebuhr war gleichzeitig auch Leiter der Volksecho Zeitungsverlag G.m.b.H. Das „Volksecho“ hatte sieben Bezirksausgaben, die Paderborner Bezirksausgabe hatte eine Auflage von 6 200. Aufgrund von Verstößen gegen die Vorschriften der Militärbehörden wurde das „Volksecho“ vom 6. Mai 1948 bis zum 4. August 1948 für die drei Monate verboten. In den Vorschriften hieß es u.a., daß nichts veröffentlicht werden sollte, was darauf hinarbeitet, Uneinigkeit unter den alliierten Mächten und deren Besatzungstreitkräften hervorzurufen. Hiergegen hatte das „Volksecho“ mit einem Leitartikel über italienische Wähler sowie dem Abdruck eines Manifestes der KPD verstoßen, da beide Artikel Angriffe gegen die USA darstellten. Da die Zeitung bereits zweimal verwarnt worden war, wurde das Verbot ausgesprochen.<sup>140</sup> Endgültig eingestellt wurde das „Volksecho für Westfalen-Lippe“, das ab dem 12. April 1950 den Mantel der „Neuen Volks-Zeitung“ übernommen hatte, am 17. August 1956 nach dem Verbot der KPD.<sup>141</sup>

### 3.5 Freie Presse

Die SPD wurde von der „Freien Presse“ vertreten, die im Regierungsbezirk Detmold verbreitet wurde und im Verlag Phönix G.m.b.H erschien. Die Paderborner Ausgabe, die eine von 13 Bezirksausgaben war, trug zunächst den Untertitel „Nachrichten für Paderborn und Büren“, später nannte sie sich „Nachrichten für Paderborn Stadt und Land“. Die Lizenzträger der seit dem 3. April 1946 erscheinenden Zeitung waren Emil Groß, Paul Eilers und Jakob Triem, die Schriftleitung hatte Carl Severing inne. Verlagsleiter und Lizenzträger Emil Groß wurde am 22. Mai 1948 zum Vorsitzenden des Zonenpresserates gewählt. Gedruckt wurde die „Freie Presse“ im Zeitungsverlag für Westfalen G.m.b.H. in Bielefeld. Wegen der Papierknappheit mußte sie, wie auch die anderen Lizenzzeitungen, zwischenzeitlich ihren Umfang reduzieren.<sup>142</sup> Die Auflage für Paderborn betrug im Frühjahr 1949 9500 Exemplare. Die „Freie Presse“ erschien unter diesem Titel bis zum 30. Juni 1967 in Paderborn, dann erfolgte der Zusammenschluß mit der Bielefelder „Westfälischen Zeitung“. Seitdem erscheint die Zeitung in Paderborn bis zum heutigen Tage als „Neue Westfälische“.

<sup>138</sup> PERK, Willy: Besatzungsmacht gegen Pressefreiheit; Geschichte der Zeitung „Westdeutsches Volksecho“, 7. Mai 1946 bis 4. Mai 1948 (Marxistische Paperbacks), Frankfurt am Main 1979, S. 29.

<sup>139</sup> SCHÜTZ, Walter J.: Die Zeitungen in Nordrhein-Westfalen 1945 - 1949. Eine Bibliographie, in: BOLL, Bernhard; Volker SCHULZE; Hans SÜSSMUTH (Hrsg.): Zeitungsland Nordrhein-Westfalen. Geschichte - Profile - Struktur, Bonn 1993, S. 660ff.

<sup>140</sup> Volksecho für Westfalen-Lippe Nr. 36 vom 5. Mai 1948.

<sup>141</sup> SCHÜTZ: Zeitungen, a.a.O., S. 662.

<sup>142</sup> Lizenzen-Handbuch: a.a.O., S. 5.

## VI. Schluß

In der Zeit vom Ende des Kulturkampfes bis zur Aufhebung des Lizenzzwanges hat es viel Bewegung auf dem Pressemarkt in Paderborn gegeben. Insgesamt haben 25 Zeitungen existiert, von denen sich nur das „Westfälische Volksblatt“, der „Paderborner Anzeiger“ und die „Freie Presse“ fest etablierten. Der „Paderborner Anzeiger“ profitierte dabei davon, daß das „Westfälische Volksblatt“ durch seine ständigen Expansionsbestrebungen im Laufe der Jahre zu einem Regionalblatt anwuchs, so daß der „Anzeiger“ die Rolle des Heimatblattes übernahm.

Die meisten Aktivitäten auf dem Pressemarkt in Paderborn gab es in der Weimarer Republik, in der elf Zeitungen versuchten, dem „Volksblatt“ und dem „Anzeiger“ Konkurrenz zu machen. Die meisten Zeitungen hielten sich nur kurze Zeit, denn in der katholischen Zentrumshochburg fanden sie angesichts der zahlenmäßig geringen Opposition nicht genügend Leser. Lediglich der nationalsozialistische „Filter“ und „Der grobe Paderborner“ fanden zunächst ihren Platz in Paderborn.

Zum Zeitpunkt der Machtübernahme der NSDAP existierten vier Zeitungen in Paderborn, die die Auswirkungen der neuen Pressepolitik zu spüren bekamen. Das „Volksblatt“ ging in NSDAP-Besitz über, der „Anzeiger“ und „Der grobe Paderborner“ mußten eingestellt werden. Der „Filter“ war gegen das nun nationalsozialistische „Volksblatt“ chancenlos und wurde aus finanziellen Gründen eingestellt.

In der Phase der Lizenzpresse gab es neben dem „Amtlichen Mitteilungsblatt“ und der „Neuen Westfälischen Zeitung“ fünf Lizenzzeitungen mit Bezirksausgaben für Paderborn. Eine „echte“ Paderborner Tageszeitung gab es aber erst nach der Aufhebung des Lizenzzwanges mit dem Erscheinen des „Westfälischen Volksblattes“ ab dem 1. November 1949. Das Schicksal der Lizenzzeitungen gestaltete sich unterschiedlich. Der „Neue Westfälische Kurier“ wurde vom „Volksblatt“ übernommen, das 1958 mit der „Westfalen-Zeitung“ fusionierte. Die kommunistischen Zeitungen „Westdeutsches Volksecho“ und „Volksecho für Westfalen-Lippe“ wurden eingestellt. Die „Freie Presse“ erschien bis 1967, ehe der Zusammenschluß mit der Bielefelder „Westfälischen Zeitung“ zur „Neuen Westfälischen“ erfolgte.

Seit der Aufhebung des Lizenzzwanges hat es nur noch einen Versuch gegeben, eine neue Tageszeitung zu etablieren. Vom 12. April 1958 bis zum 31. Juli 1967 erschien die von der Arbeitsgemeinschaft der christlich-bürgerlichen Zeitungsverlage „Ruhr-Nachrichten“ und „Westfalenpost“ herausgegebene „Westfalenpost - Paderborner Nachrichten“. Durch die Konzentrationsbewegungen auf dem Pressemarkt wurde es für neue Zeitungen schwer, sich zu behaupten. So mußte die „Westfalenpost“ am 31. Juli 1967 eingestellt werden, da Bezirksausgaben mit geringen Auflagen nicht mehr finanzierbar waren. Ihren Lesern wurde das ihr gesinnungsmäßig entsprechende „Westfälische Volksblatt“ empfohlen.<sup>143</sup>

<sup>143</sup> Westfalenpost - Paderborner Nachrichten Nr. 173 vom 29. Juli 1967.